

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Setzungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant. L. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 11. März 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Ein weißer Rabe unter den deutschen Fabrikinspektoren

war von jeher derjenige für das Großherzogthum Baden. Auch sein neuester Bericht über das Jahr 1891, welcher vor einigen Tagen vor denjenigen aller übrigen Aufsichtsbearbeiter erschien, enthält wieder eine Reihe von Beobachtungen, zu denen die meisten der jetzigen Amtsbrüder des badischen Inspektors nie durchdringen werden. Und an dem prompten Erscheinen des Berichtes sieht man, daß Urtheilsfähigkeit und gute Beobachtungsgabe mit der Raschheit der Berichterstattung Hand in Hand gehen, während das langsame Tempo, in welchem die Referate aus den übrigen deutschen Bezirken nachzufolgen pflegen, das Gegentheil von einer Garantie für deren Gediegenheit sind. Der badische Beamte, jetzt Ober-Regierungsrath Wörishofer, neustens Ehrendoktor der Universität Freiburg i. B., war früher einfacher Eisenbahntechniker und liefert den Beweis, daß aus einem Ingenieur ausnahmsweise auch einmal ein halbwegs guter Sozialpolitiker werden kann.

Selbstverständlich hat auch der neueste Bericht des badischen Beamten wieder seine bürgerlichen Mucken. So an der Stelle, wo von der Beurtheilung der "Wohlfahrts-Einrichtungen" durch die anerkannten Vertreter der Arbeiterparteien sehr abfällig gesprochen wird. Die "unbedingte Ablehnung" der Wohlfahrts-Einrichtungen von dieser Seite sei, "sofern es sich dabei nicht um agitatorische Zwecke handle" (welch' lebenswürdige Insinuation!) "das Zeichen einer weitgehenden Einseitigkeit und des Mangels an vorurtheilsloser und damit richtiger Beurtheilung." Die Wohlfahrts-Einrichtungen seien doch "ein nicht zu entbehrendes Erziehungs- und Vorbereitungsmittel für die aufsteigende Klassenentwicklung der Arbeiter". Namentlich den ungelerten Arbeitern würde eine Verbesserung ihrer Lage nach verschiedenen Richtungen gar nicht zu gute kommen, wenn sie lediglich auf ihre Kraft angewiesen wären. So der badische Fabrikinspektor, der sich in einer merkwürdigen Verleumdung von Ursache und Wirkung bewegt. Erst dort wo von der "eigenen Kraft" der Arbeiter etwas zu spüren ist, suchen die Unternehmer gewöhnlich das Schlafmittelchen der "Wohlfahrts-Einrichtungen" anzuwenden. Dasselbe soll meistens die böse Sozialdemokratie beschwören und einen Stamm "patriarchalisch gesinnter" Arbeiter schaffen. Es ist kein Zufall, daß die ländlichen Unternehmer, auch die großen, nirgends noch zu "Wohlfahrts-Einrichtungen" gegriffen haben; sie stehen eben noch keiner organisierten Arbeiterbewegung "mit eigener Kraft" gegenüber. Und die Errichtung einer Zentralstelle für Wohlfahrts-Einrichtungen in Berlin nach den heftigen Arbeiterbewegungen der letzten Jahre ist auch kein bloßer Zufall. Wenn also die Wohlfahrts-Einrichtungen einerseits durch Proben von der eigenen Kraft der Arbeiter erst hervorgerufen werden, so haben sie meist andererseits den Zweck, diese Kraft wieder lahm zu

legen, weil der Arbeiter durch Gewährung von Wohnung und Aehnlichem mit bürgerlicher Besinnung geimpft und seinen Emanzipationsbestrebungen entfremdet werden soll. Aus diesen Gründen mußten die anerkannten Vertreter der Arbeiterparteien öfters Stellung gegen Wohlfahrts-Einrichtungen nehmen, und die Thatsachen geben ihnen darin vollkommen Recht. Im Uebrigen ist es ihnen nie eingefallen, einem Arbeiter von der Benutzung einer Fabrikstraße abzurathen, in welcher er gut und preiswerth bedient wurde und sich frei bewegen kann, und was solcher Dinge mehr sind. Nur soll man von den Leuten, die so oft in der Fabrik über Gebühr ausgenutzt werden, für solche Vapallien keine besondere Dankbarkeit verlangen. Täuscht uns nicht Alles, so urtheilt der badische Fabrik-Inspektor trotz aller Verwahrungen vielleicht gerade unter dem Eindruck dieser "agitatorischen" Argumentation jetzt selbst schon viel unbefangener als vor Jahren, wo er z. B. die "Wohlfahrts-Einrichtungen" ten Veinls in den Himmel hob.

Bei Gelegenheit wird noch manche andere Halbheit des Berichtes herauszuheben sein. Es wäre jedoch ungerecht, wenn wir nicht auch heute gleich einige der guten Seiten des amtlichen Schriftstückes speziell beleuchteten. So wendet sich Ober-Regierungsrath Wörishofer in sehr anerkennenswerther Weise, was zunächst das Kernstücker der Fabrikinspektion betrifft, gegen die Belastung der Gewerbeaufsicht mit der Dampfkesselrevision, unter welcher er auch leidet und die man bei der im Gange befindlichen "Reform" der preussischen Inspektion glänzend ebenfalls beileben hat. Er schiebt die Kesselaufsicht mehr und mehr den speziell für diesen Zweck bestehenden Vereinen zu und befreit sich dadurch von einer lästigen Arbeitsbürde, die seine sozialpolitische Beobachtungs- und Vermittlungsthätigkeit nur beeinträchtigen kann. Vivant sequentes! Er durchschaut richtig die Gründe, aus welchen die Mehrzahl der badischen Fabrikbetriebe trotz des schlechten Jahres nicht sehr zahlreiche Arbeiterentlassungen vornahmen: weil "die mit der (Betriebs-) Einschränkung notwendig verbundene Steigerung der allgemeinen Geschäftskosten und die Schwierigkeit des Absatzes vermehren würden" — beileibe etwa nicht aus Arbeiterfreundlichkeit. Diefelbe Ermüdung, so ergänzt der Inspektor seine Beobachtung, "führt freilich auch in Zeiten günstiger Prosperität" (gibt es auch eine "ungünstige" Prosperität?) dazu, "daß die Produktion über alles Maß gesteigert wird."

Die bösen Sozialdemokraten nennen das eben "anarchische Produktion" der bürgerlichen Gesellschaft! Rückhaltlos schildert der neue Bericht sodann die grauenhafte Wirkung der Kinderarbeit auf die gesundheitliche Entwicklung der Betroffenen; er fand dieselben meist so zurückgelassen und verkommen, daß sie den Eindruck viel jüngerer Menschen machten. Seine nachdrückliche Forderung geht deshalb dahin: Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes bezüglich der Tag- und Nacharbeit auf die jungen Leute bis zu 18 Jahren. Diefelbe Forderung wurde bei den letzten

Reichstagsdebatten über den Arbeiterschutz von den Sozialdemokraten vertreten, aber von der maßgebenden Stelle als "undurchführbar" erklärt. Jetzt erhebt sie ein Sachverständiger mit großem Nachdruck! Im Ganzen frohnen gegenwärtig 18 779 Kinder und junge Leute bis zu 15 Jahren in den Fabriken des "Musterstaates" Baden, darunter zirka 7000 Mädchen. Auf welche Verwüstungen der Volksgesundheit läßt das schließen. Im Uebrigen beklagt der Inspektor die mangelhafte Arbeiterstatistik, die ihm von den Verwaltungsbehörden geliefert wird. Er theilt mit, daß das Reichsamt des Innern Erhebungen über die der Gewerbe-Aufsicht neu zu unterstellenden Betriebe einheitlich für das ganze Reichsgebiet machen wolle. Man kann aus dem Wortlaut der Mittheilung schließen, daß es sich wieder nur um eine ganz flüchtige Arbeiterstatistik handeln wird. Der Bericht plädiert sodann gegen etwaige Ausnahmbestimmungen zu Gunsten der Zucker-, Cichorien- und Glasfabriken und zu Ungunsten der Arbeiterinnen, wie sie in Preußen theilweise erlassen werden zu sollen scheinen, und theilt skandalöse Zustände aus einer Lumpenfortirungs-Anstalt mit, unter welchen die dort beschäftigten Arbeiterinnen zu leiden hatten. Die stellenweise geübter Lohnabhängige werden scharf kritisiert, und interessante Erfahrungen über die Unfallhäufigkeit, sowie die Gesundheitsgefährlichkeit in gewissen Gewerbebezügen, z. B. in der rentierten Porzbeimer Bijouterie-Industrie berichtet.

Heben wir zum Schluß hervor, daß sich die Klage über den Mangel staatlich anerkannter Arbeitervertretungen wie ein rother Faden durch den neuen Bericht zieht, so ist der arbeiterfreundliche und sachliche Inhalt des Referates über die Fabrikinspektion in Baden während des Jahres 1891 kurz skizziert. Die badischen Genossen mögen dem Fabrikinspektor, der schon manchen Strauß mit den Kapitalistenvertretungen des Landes ausgefochten hat, in seiner anerkennenswerthen Thätigkeit durch häufige und wahrheits-treue Mittheilungen tüchtig weiter unterstützen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März.

Lumpen und Proletarier. Unser gestriger Leitartikel über Lumpen und Proletarier hat getroffen, wen er treffen sollte, und wird von den biederen Adressaten zwar nicht dankend, aber darum doch nicht weniger befriedigend für uns quittirt. Unter den Empfangsbescheinigungen finden sich verschleierte, die weniger weltkluge Leute nicht in der Gesellschaft vermuthet hätten. Fällt uns da zum Exempel ein ultrarespektabel aussehendes Frauzimmer an und leist und freischt:

Die jüngsten Straßenunruhen haben die Leitung der sozialdemokratischen Partei in eine bedenkliche Lage versetzt. Man fühlte sich so behaglich als vorgeschrittenste Partei. Wie einst der dritte Stand das Bürgerthum, den Adel und die Geistliche

möchte die Herren bitten, hierüber ihre Meinungen zu äußern."

"Ablehnen! ablehnen!" riefen hier mehrere Stimmen zu gleicher Zeit.

"Auch der Geschäftsausschuß," bemerkte Hauke, "hält es mit dem moralischen Charakter einer Arbeiterassoziation für unvereinbar, zur Begünstigung der Verbreitung schlechter Schriften die Hand zu bieten. Wir werden unter der Herrschaft der gegenwärtigen Zeitverhältnisse nicht ermöglichen, die Druckwerke auszuwählen, welche von uns aus mit Stolz der Welt zugänglich gemacht werden können, wie wir uns überhaupt vor dem Fehler vieler Regierungen und Klippen zu hüten haben, eine Bevormundung unserer Mitbürger versuchen zu wollen; aber bei schlechten Werken wollen wir wenigstens nicht die Verantwortung auf uns nehmen, die den Verbreiter schädlicher Schriften trifft. Ich glaube, wir befinden uns da in vollständigem Einverständnis mit allen unseren Kollegen?"

"Gewiß! gewiß!" riefen die Genossen von allen Seiten.

"Und es ist wohl Niemand hier, der eine abweichende Meinung vertreten möchte?" fragte Hauke weiter.

"Nein, nein", scholl es zurück.

"So habe ich denn nur noch einen Vorschlag zu erwählen," fuhr Barth fort, "der sowohl von unseren auswärtigen Freunden, als von Einzelnen in unserer eigenen Mitte ausgegangen ist. Wir alle fühlen, wie dringend notwendig es ist, daß wir den vielen Waffen unserer mächtigen Gegner eine Waffe der mächtigsten Art in unserer Zeit gegenüber schaffen, die einerseits die Wirkung der gegnerischen Kampfmittel beschränkt, uns selbst aber als Mittel dient, unsere Ideen weiter zu verbreiten und ein Heer von Vorurtheilen zu zerstreuen. Sie werden bereits errathen haben,

daß es sich um Gründung einer Zeitung auf unsere eigene Gefahr und Rechnung handelt.

Für unser junges Geschäft erscheint es allerdings im höchsten Grade gewagt, ich möchte eher sagen: verwegen, daß wir uns in solch ein kostspieliges Unternehmen einlassen; aber die Zeitung ist dringend notwendig, ist beinahe unentbehrlich, und eine Buchdrucker-Assoziation ist mehr als irgend sonst eine Genossenschaft in der Lage, so eine notwendige Unternehmung wagen zu können. Durch einen sehr großen Theil unserer Bourgeois-Zeitungen wird das Publikum jahraus, jahrein auf die mannigfaltigste Art belogen und betrogen, wird systematisch das Recht in Unrecht umgedeutelt, wird das Herzblut der Nation vergiftet. Durch unsere Bourgeois-Zeitungen werden alle unsere verdienstvollen großen Männer, welche nicht in das Horn der bestehenden Klassen rückhaltlos blasen, im milderen Falle gänzlich ignoriert, im Dunkeln gelassen, während eine ganze Anzahl von volksfeindlichen Scheingrößen mit unbedienten Lorbeeren so zu sagen überschüttet werden. Im schlimmeren Falle verfolgt man unsere Vorläufer und Freunde in der niederträchtigsten Weise. Wie soll, wie kann diesem schandwürdigen Systeme, das uns nebenbei moralisch ausfaugt, wie unsere Fabrikanten uns materiell ausaugen, ein Ende gemacht werden? Weder durch Pressefreiheit, noch durch Pressebeschränkung, das ist klar. Die Demokratie, das Volk, der Arbeiter muß sich seine eigene Presse schaffen, ein wirkliches Volksblatt muß als Gegenwärtiger dienen, sonst kommen wir in Zustände, die nachgerade für alle Welt unerträglich werden. Ja, meine Herren, wenn Sie es recht bedenken, so ist die moderne Presse in den Händen der jetzt herrschenden Klassen die neue Kette, mit der man uns in geistiger Sklaverei halten will, wie man es früher durch die Kirche

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

(60)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Es hat sich ferner ein Herausgeber von einer Romanbibliothek bei uns gemeldet, der uns allerdings ganz bedeutende Bestellungen zu machen gedenkt. Aber mit seinem Kapital ist es nicht weit her, und meinte er, wir würden durch die Verlagswerke reichlich gedeckt werden für das, was er etwa nicht gleich zahlen könnte. Die Sache schien mir damals annehmbar, doch hat Herr Dr. Lange nähere Kenntniß davon genommen und gefunden, daß die Werke, welche da zur Verbreitung in weiteren Kreisen bestimmt sind, zum größten Theil der bedeutendsten Kolportage-Literatur angehören, mit welcher das unerfahrenere Publikum unter allen möglichen anlockenden Titeln veranlaßt werden soll, Schriften zu kaufen, über deren Werth und Wirkung auf das Volk unter uns wohl keine Meinungsverschiedenheit stattfinden kann. Wir würden, wie gesagt, wenn der Unternehmer uns nicht vollständig bezahlen könnte, in die Lage kommen, für die Verbreitung von Schriften sorgen zu müssen, von deren Bedeutung für die Bildung des Volkes wir keine günstige Meinung haben. Aber es sind monatlich 30 Druckbogen, die zu sehen und jedesmal in je 10 000 Exemplaren zu drucken sind. In dieser Zeit gewiß ein ansehnlicher Ertrag für die uns entzogenen Arbeiten. Ich

leit überwand, so kämpft der vierte Stand, das Proletariat, gegen die „Bourgeoisie“ unter der Losung: „Steh auf, daß ich mich sehen kann.“ Aber noch ehe der vierte Stand Platz nehmen konnte, kommt so etwas wie ein fünfter, um ihm den Platz freizugeben. Dieser fünfte tritt sehr unmanierlich auf, er schlägt Schaufeln ein, plündert Böden und stößt sich mit der Polizei; die Scharen, aus denen er sich zusammensetzt, sind zweifellos viel weniger von dem Wunsche nach Arbeit befeuert, als von dem Verlangen, zu irreführen und möglichst mühsam, wenn auch nach „Bourgeoisie“-Begriffen nicht sehr anständig, des Lebens Nothdurft sich anzueignen. Es ist das „Lumpenproletariat“, wie es jede Zeit hervorbringt und wie es besonders in den großen Städten immer den trüben Lebenssaft gebildet hat. An sich sind diese Lumpen einer Staatsordnung, die sich auf die tüchtigsten und ehrenwertesten Mitglieder der Staatsbürger stützt, nicht gefährlich. Wohl aber können sie eine Partei gefährlich werden, die sich mit stolzen Worten als eine Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten bezeichnet. Und in der That haben die Vorgänge der letzten Wochen einen Zwiespalt innerhalb der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen, der, wenn augenblicklich auch nicht von großer praktischer, doch von großer grundsätzlicher Bedeutung ist. Die, wenn nicht hoffähige, doch parlamentarische, offizielle Führung der Partei schließt die „Lumpen“ mit leidenschaftlichen Ausrufungen des Unwillens und des Abscheues von ihren Köschlingen ab. Lumpen, Zuhälter, Pennbrüder, Spitzbuben, Einbrecher, Diebe und Lousis sind einige der Bezeichnungen, mit denen sie vom offiziellen „Vorwärts“ überschüttet werden. Man schafft künstlich einen Unterschied zwischen Lumpenproletariat und Arbeiterproletariat und taschenspielt so lange, bis man herausbekommt, daß eigentlich das Lumpenproletariat eine Schutztruppe der Bourgeoisie gegen das Arbeiterproletariat ist. Damit ist aber eine starke Strömung innerhalb der Partei nicht einverstanden. Sie erkennt einen solchen Unterschied nicht an. Sind die Lumpenproletarier nicht auch Ausgebeutete? fragen sie. Sind es nicht gleichfalls notwendige Ergebnisse der heutigen Gesellschaftsordnung? Wenn sie hungern und frieren, was nützt ihnen denn die Verdrängung auf eine zukünftige Gesellschaftsordnung, in der sie satt werden sollen? Sie dürsten diese Neuordnung der Dinge schwerlich erleben. Diese hungernden Menschen, die sich kraft ihrer Menschenrechte gewaltsam das Brod aus den Bäckereien holen, sind unsere Brüder, sie kämpfen denselben Kampf, den wir kämpfen, und es ist Feindschaft und Verrath, sie mit Schimpfworten wegzujagen. Zweifellos ist die größere Folgerichtigkeit bei der letzteren Beweisführung. Zweifellos denken auch viel mehr „zielbewusste“ Sozialdemokraten so, als der „Vorwärts“ eingestehen will. Wenn trotzdem die Parteileitung auch über diese widerhaarigen Herr bleiben wird, so geschieht es aus äußerlichen Gründen. Auch der verdorbenste Fanatiker muß einsehen, daß die Zeit für Krawalle und Gewaltthaten augenblicklich verstreift schlecht gewählt ist. Man wird sich deshalb beruhigen und vorläufig das Lumpenproletariat laufen lassen. Aber diese Vorgänge, wenn sie auch keine unmittelbaren Folgen haben mögen, sind doch lehrreich genug. Sie zeigen, daß es in der Politik eine äußerste Grenze nicht giebt. Ueber die Starke kommt ein Stärkerer und über die Extremen ein noch Extremere. Auch wenn der vierte Stand siegen sollte, würde die Menschheit weit entfernt von dem ewigen Frieden, der ihr von den Propheten der kommenden Zeit verheißen wird.

„Ei, ei! Diese Färdlichkeit für die „Lumpen, Zuhälter, Pennbrüder“ u. s. w. Welche sonderbarer Geschmack! Und wo ist die Ehrbarkeit? Tautchen, Tautchen, mir graut vor Dir! Denn es ist keine Geringsere, als die Ehrbarkeit der Ehrbaren, die Blume der „Ehrbarkeit“, Tante Voss“, welche sich da liebesbrünstig dem Lumpenproletariat an den Kopf wirft. Der Himmel der Baare und Bleichtröder segne den würdigen Bund!“

Uebrigens hat Tautchen nicht bloß einen recht schlechten Geschmack, sie ist auch recht unwissend. Was wir in unserem Artikel von der Rolle gesagt haben, die das in der Garde mobile (Mobilgarde) militärisch dressirte Lumpenproletariat in der Junischlacht von 1848 spielte, sind ihre offenbar böhmische Dörfer. Wir rathen der braven Kollegin daher, zu lesen, was Marx und Andere über die Junischlacht geschrieben haben. Das Lernen ist zwar für Hans sprichwörtlich nichts Leichtes.

Und nun Tautchen, kannst Du gehen mit Deinem „fünften Stand“ aus der vierten Dimension.

Nach der tugendhaft thumenden scheinheiligen Kolette die diegeschminkte, frechblöthende Dirne — nach der „Vossischen“ die „Magdeburgische Zeitung“. Sie wälzt sich schamlos herum in den Armen der „Lumpen, Zuhälter u. s. w.“ und sucht dieselben gegen die Sozialdemokratie, gegen das revolutionäre Proletariat zu hegen, ebenso wie weiland die niederlichen Dirnen von Paris die Mobilgardisten mit Klaffen und Absynth gegen die Juni-Insurgenten hegten. Und sogar die D a b s u c h t des Gefindels sucht die Magdeburgische

versuchte. Die bestehenden Klassen sind selbst zum großen Theile irreligiös geworden, sie trauen deshalb auch der Kirche keine besondere Kraft mehr zu in Bezug auf ihre Fähigkeit, die Geister zu fesseln; ihre neue Religion ist der Liberalismus, und ihre Propheten sind die feilen und grundsatzlosen Journalisten. Eine dringende Nothwendigkeit für Abhilfe ist also vorhanden, es handelt sich nur darum, ob wir die Mittel zu diesem Unternehmen aufbringen können und wollen. Und da bieten sich denn verschiedene Wege; wir können das Volksblatt als Wochenblatt erscheinen lassen, als welches es allerdings die geringsten Kosten verursachen würde; wir können es die Woche einige Male oder alle Tage herausgeben; das Erstere empfiehlt sich wegen der geringeren Opfer, die es bedingt, das Letztere dadurch, daß es den meisten Bedürfnissen entspricht und allein unseren beachtlichsten Zweck vollständig erreichbar macht. Ein zwei- oder dreimaliges Herausgeben in der Woche würde zwischen Wochen- und Tagesblatt, ihren Vortheilen und Nachtheilen vermitteln. Ich werde die Pläne und Kostenaufschläge für sämtliche drei Arten unter den Mitgliedern herumgehen lassen und denke, es wird gut sein, daß Jeder die Sache reiflich überlegt. Vor Beginn des nächsten Quartals werden wir wohl nicht an die Herausgabe denken können, und bis dahin ist also Zeit zur Ueberlegung in hinreichender Fülle gegeben.“

Barth hatte kaum geendet, als sich der Schriftsteller ungeduldig zum Worte meldete und meinte:

„Ich bin entschieden gegen alle und jedwede Verzögerung dieser Angelegenheit für den Fall, daß die Versammlung überhaupt die dringende Nothwendigkeit eines solchen Achten und wahrhaftigen Volksblattes anerkennt; ich möchte deshalb den Herrn Vorsitzenden bitten, an die Versammlung eine hierauf bezügliche Frage zu stellen.“

„Sie haben den Wunsch des Herrn Dr. Lange gehört“, bemerkte Danke, „und ich frage Sie, halten Sie die Begründung eines Volksblattes für eine dringende Nothwendigkeit? Wer dies thut, möge zum Zeichen die Hand erheben. — Es ist keine abweichende Meinung bemerkbar geworden, die Nothwendigkeit ist einstimmig anerkannt.“

Nege zu entzünden, denn sie zeigt ihnen die Schätze der „fatten Sozialdemokratie“.

Oh, diese „fatte Sozialdemokratie“, deren größere Hälfte jetzt in der Arme der Arbeitslosen hungert, während der größere Theil der kleineren Hälfte im Punkte des materiellen Wohlergehens sich bei einem Tausch mit den Günstlingen der „Vossischen“ und „Magdeburger Zeitung“ entschieden verbessern würde. Denn das Lumpenproletariat besteht wohl aus Lumpen, trägt aber — außer in seinen untersten Schichten — keine Lumpen, sondern geht im Gegentheil sehr fein gekleidet, und die Lumpen des Lumpenproletariats schauen vornehm herab auf die Lumpen der ehrlichen Arbeit.

Genug. Wie die „Vossische“ und die „Magdeburgerin“, so feilen und kreischen noch Dutzende von Blättern. Man kann sagen: die ganze deutsche Bourgeoisie nimmt instinktmäßig Partei für das Lumpenproletariat. Und das ist sehr natürlich, denn die Bourgeoisie weiß, daß das Lumpenproletariat ihr ureigenstes Kind und nicht weit vom Stamm gefallen ist; sie weiß, daß es all ihre Lasten und Gebrechen ererbt hat, und vielleicht noch ihre letzte Stütze werden kann gegen den anderen Zwillingbruder, der sein Menschenrecht fordert — gegen das ehrliche revolutionäre Proletariat.

Und nun ein Vorschlag zur Güte. Wie wär's, wenn eine deutsche Mobilgarde errichtet, und das Lumpenproletariat bemannet und militärisch gedrillt würde? Man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: für das Lumpenproletariat wäre die soziale Frage gelöst und zum Dank dafür würde es sicherlich bei erster Gelegenheit die bösen Sozialdemokraten todschießen. Der gedankenbankrotte Staatssozialismus kann froh sein, daß wir diese Idee verathen haben. Wir schenken sie ihm. —

Dem Grafen von Caprivi zur gefälligen Notiz. Der Rath der Stadt Leipzig erließ unterm 8. März eine Bekanntmachung, in welcher es heißt:

„Um der augenblicklichen Nothlage der zur Zeit in hiesiger Stadt wohnhaften verdienstlosen Arbeiter abzuhelfen, haben wir die alsbaldige Inangriffnahme verschiedener öffentlicher Arbeiten, soweit solche unter den jetzigen Witterungs-Verhältnissen möglich sind, beschlossen, auch am heutigen Nachmittag eine unmittelbare Vertheilung von Brod an besonders Bedürftige vorgenommen. Wir betonen aber, daß eine Wiederholung der letzteren Maßregel unthunlich ist und daß alle diejenigen, welche auch morgen und an den folgenden Tagen Arbeits-Verdienst nicht finden können und keinen Unterhalt haben, sich an den Vorsteher des betreffenden Armenvikariats zu wenden haben, welcher das Erforderliche sofort vorsehen wird. Die in solchen Fälle erwährte Unterstützung gilt, soweit sie nicht an vom Armenrathe unterstützte gewährt wird, nicht als Armen-Unterstützung.“

Ist das nun Nothstand oder nicht? —

Lohn der Faulheit. Daß der Fleiß belohnt wird, kommt zwar im Leben nicht oft vor, ist aber in der Ordnung. Daß Faulheit belohnt wird, kommt desto häufiger vor, ist aber nicht in der Ordnung, namentlich wenn der Belohnete für das Muster aller Weisheit und Tugend gelten will. Dem Deutschen Reichstag ist dieses glückliche Mißgeschick soeben passiert — er hat seine drei Tage Ferien bekommen, nicht als Belohnung des Fleißes, wie das den Schulkindern mitunter geschieht, sondern weil die Mitglieder so hartnäckig geschwänzt haben. Ob das Mittel praktisch ist und ob nächsten Montag die Bänke des „Kreopags“ hübsch voll sind? Wir zweifeln. Das aber wissen wir, wenn die Reichstags-Majorität in der Verfechtung der Volksrechte halb so ausdauernd und konsequent wäre, wie im Schwänzen, dann wäre Deutschland das freieste Land der Erde. —

Innere Kolonisation. In der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsraths hat am 9. März Herr Dr. Sering, Professor der Nationalökonomie an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, einen Vortrag über die Beförderung der inneren Kolonisation gehalten. Von 1885 bis 1890 haben nach ihm 840 000 Landbewohner ihre Heimath verlassen. Davon entfallen 80 000 auf Mitteldeutschland, 150 000 auf Süddeutschland und 600 000 entfielen auf den Osten Deutschlands; letztere Zahl bedeutete 75 pCt. der Gesamtbevölkerung. Von diesen 840 000 Personen seien 500 000 nach Berlin, Hamburg und den verschiedenen Industriegegenden gegangen, der übrige Theil sei jedoch nach Amerika u. s. w. ausgewandert. Dieser Um-

„Nun dann“, rief Lange, „lassen Sie uns auch keinen Augenblick länger zögern, das Nothwendige zu thun. Die Berechnungen des Herrn Barth lasse ich mit aller Achtung für den daran gemachten Eifer bei Seite und erkläre Ihnen, daß die Kosten des Blattes, sobald Sie die Arbeit der Druckerei und die geistige Arbeit wegrechnen, beinahe gleich Null sind; denn das Papier bezahlen auf jeden Fall die Abonnenten, und so lange wir wenig Abonnenten haben, brauchen wir auch wenig Papier. Die Hauptkosten, die durch unsere angewandte Arbeit entstehen, können wir aber jedenfalls für etwas Nothwendiges opfern oder wenigstens kreditiren, bis das Blatt soweit einträglich geworden, um einen Gewinn abzuwerfen. Wenn Jeder von Ihnen sich entschließt, vorläufig nur drei Viertelstunden länger zu arbeiten als bisher, so sind wir über dem Berge und haben dabei neben dem Bewußtsein, eine gute That für die Menschheit zu vollbringen, auch noch die Hoffnung auf ein gewinnbringendes Geschäft, sowie das stolze Gefühl: durch Vereinigung unserer Arbeitskraft etwas ermöglicht zu haben, was das Kapital häufig mit den größten Geldopfern nicht ermöglichen kann.“

Lebhafter Beifall gab sich bei diesen letzten Worten Lange's kund, und der Vorsitzende benutzte die eintretende Pause, um zu fragen:

„Ist es der Wille der Genossenschaft, daß so schnell wie möglich zur Gründung des „Volksblattes“ geschritten werde? Wer dagegen ist, möge die Hand erheben.“

„Niemand! Niemand!“ tönte es zurück.

„So wäre denn“, fuhr Danke fort, „nur noch eine von den Schwierigkeiten zu beseitigen, die auch hier dem Unbemittelten in den Weg gelegt sind und es ihm so schwer machen, von der preiswürdigen Gabe der Pressefreiheit seinerseits Gebrauch zu machen. Es wird nämlich noch im reaktionären Staate bei Jedermann, der ein öffentliches Preßorgan herauszugeben sich entschlossen zeigt, angenommen, daß er böse Zwecke verfolgen könne, und wird ihm deswegen von Staatswegen die Stellung einer Kaution auferlegt, die im gegenwärtigen Falle 2000 Thaler betragen würde. Es ist wahr, diese 2000 Thaler werden verlangt, aber welcher Ge-

stand bewirke es, daß, während die großen Städte und Industrie-Geenden an Ueberbevölkerung leiden, es auf dem Lande, ganz besonders aber im Osten unseres Vaterlandes an Arbeitern mangle. Vielsach könne heute schon nicht das Getreide rechtzeitig eingebracht werden. Die dünne Bevölkerung im Osten verschulde es aber auch, daß die Landwirtschaft im Osten Deutschlands in der Hauptsache auf den Export angewiesen sei. Die große Auswanderung der Landbewohner schädige aber nicht bloß die Landwirtschaft, sondern das gesammte Vaterland. Daß die Arme ihren Hauptverdienst aus dem Landbewohnern erhalte, könne man bei allen Erntegeschäften beobachten. Aber auch Kunst, Wissenschaft, Technik und Handel in den großen Städten können auf die Dauer nicht in voller Blüthe bleiben, wenn den großen Städten nicht hin und wieder frisches Blut aus den Landbewohnern zugeführt werde. Das großstädtische Leben bringe eine derartige Entnerung und Verflachung mit sich, daß eine gewisse Belebung durch die Bewohner des platten Landes von Zeit zu Zeit geboten erscheine. Es sei deshalb dringend erforderlich, den jährlich größer werdenden Auswanderungsstrom einzudämmen. Dies könne aber am besten durch eine systematische innere Kolonisation geschehen. Es müsse der Versuch gemacht werden, die ländliche Arbeiterbevölkerung s e h a f t zu machen, dies wäre das geeignetste Mittel, den sozialen Gefahren zu begegnen und der Landwirtschaft ganz besonders im Osten Deutschlands wieder aufzuhelfen. Eine derartige Sehaftmachung würde aber auch dem Gesamtvaterlande zu Gute kommen. Er ersuche folgender Resolution zuzustimmen: „Der Deutsche Landwirtschaftsrath erklärt: Eine zielbewusste Bevölkerungspolitik ist für große Landestheile — zumal des Ostens — dringend geboten. Es empfiehlt sich die Sehaftmachung der breiten Schichten der Bevölkerung durch energische Förderung der inneren Kolonisation. Anzustreben ist besonders die Bildung von selbständigen Landgemeinden mit gemischter Landvertheilung.“ Herr Professor Sering weist dem großgewerblichen Unternehmerthum in seiner berufenen Schrift über die Arbeiterauschüsse die Rolle patriarchalischer Feudalherren zu, welche mit ihren getreuen Unterthanen die Ausschuss-Komodie aufzuführen, die zwar nichts kostet, aber desto weniger nützt. Er bleibt dem Ziel, das er sich gesteckt hat, nur treu, wenn er mit gefühlvollem Eifer die Sehaftmachung des Landvolks empfiehlt. Wenn die Fluth der Auswanderung höher und höher steigt — und das Paradies des Junkerthums, das Gebiet östlich der Elbe, stellt den größten Prozentsatz Deutschlandmüder —, so hätte der Nationalökonom Sering den Agrariern des Landwirtschaftsraths die Ursachen dieses Vorgangs in aller Kürze und mit sinnvoller Klarheit erläutern können. Der Kampf des Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz, die Auspothierung der Landarbeiter durch die Gutsherren, die erbärmliche soziale Lage der ländlichen Bevölkerung sind die treibenden Kräfte in jenem Auswanderungsprozeß. Aber Herr Sering empfiehlt dafür die Kolonisation, d. h. die Fesslung der Landarbeiter, die an der Scholle haftend in ein neues System der Hörigkeit hineingezwängt werden sollen, eine leichte Beute der junkerlichen Gewinnsucht, beständig frische Zufuhr zur Armeelieferung, den Ueberfluß an die Städte abzugeben, wo das Landvolk die städtischen Arbeiter niederkonkurirt, mit einem Worte statt einer sozial. u. Reform präsentiert Sering den Agrariern ein kapitalistisches Plänchen. Sie reagierten dankbar darauf durch die Annahme seiner Resolution. —

Die Kulturkämpferei im Niedergang. Die badiische Zentrumspartei hat im badiischen Landtag einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes von 1860, nach welchem religiöse Orden nicht ohne Genehmigung der Regierung eingeführt und einzelne Anstalten der eingeführten Orden nicht ohne Genehmigung errichtet werden dürfen, eingebracht. An Stelle der Genehmigung soll die Anzeigepflicht treten. Ferner wird die Aufhebung des Gesetzes von 1872 gefordert, wonach die Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge durch Mitglieder nicht eingeführter Orden verboten ist. Es ist die höchste Zeit, daß das klägliche Mißverhältnis der geistigen Bewegung mit Gewalt bekämpfenden Politik in's alt: Eisen kommt. —

Vom Tabakzoll. In dem von uns bereits erwähnten Tabakzoll-Telegramm pfälzischer Bürgermeister an den Minister Miquel enthalten die Baderen mit biederer Offenheit ihr edles Gemüth. Es heißt dort:

„schäftsmann und welcher Gelehrte ist durch den Zufall oder das Glück so begünstigt, um 2000 Thaler hinlegen zu können und bloß darum, weil ängstliche Gemüther befürchten, er möchte ein Verbrechen begehen, an das er vielleicht nicht im Traume denkt. Sei nun dem, wie ihm wolle, wir müssen diese 2000 Thaler schaffen und dürfen sie nicht in Geschäfts-Antheilscheinen ausgeben.“

„Ich werde Jemanden zu bestimmen suchen, für uns diese 2000 Thaler zu stellen“, erklärte Lange.

„Nun dann in Gottes Namen weiter“, rief Danke, „ein Stein nach dem andern wird herbeigerollt, um den Tempel der Menschlichkeit aufzubauen.“

„Über sagen wir vielmehr, ein Felsstück nach dem andern“, meinte Lange, „welche, auseinandergewälzt, den Titanen den festen Standpunkt schaffen sollen, auf dem sie hinaus nach dem Olymp stürmen, um die alten fettgemästeten Götter und Götzen aus ihrer behaglichen Selbstgenügsamkeit zu schrecken, unter deren Wucht die Menschheit stöhnt und ersticht. Zeus, der Donnerer, mußte sterben, die speerschwingende Diana hat die Schwindsucht, Mars dient als General-Lieutenant dem gänzlich posteros gewordenen Merkur; Apollo hat nur noch die Wahl, als besoldeter Hofsopet und Hofmusikaner zu leben, oder mit der Drehorgel herumzugehen und Gelegenheitsgedichte, pro Vers einen Groschen, zu machen; Minerva geht in Lumpen und führt statt der Lanze den Kinderwagen; Gott Mamon allein noch herrscht in verjungelter Pracht und Macht. Aber er führt nicht die letzten Tage der Weltgeschichte, er wird dem Sturm der Titanen auf die Dauer nicht zu widerstehen vermögen; wie ein thönerer Koloß muß er eines Tages zusammenprasseln, und die Welt wird erstauern, wenn sie den werthlosen verächtlichen Staub erblickt, den sie so lange angebetet, dem sie so unendlich Vieles geopfert. Muth, meine Herren; auch dieser Tag hat uns, trotz aller dräuenden Gewitterwolken, wieder ein schönes Stück weiter gebracht.“

(Fortsetzung folgt.)

„Sie bitten ehrerbietig um gnädigste Besurwortung einer wesentlichen Erhöhung des Eingangszolles, welche den Wohlhabenden Raucher seiner Waare nicht schädigt, dagegen aber den bescheidenen Besitz von vielen Tausend deutschen Bauernfamilien noch erhalten kann.“

Wenn die Leute, welche „Importirte“ rauchen, wenn die Konsumenten der Havanna-Zigarren nicht geschädigt werden, so mag immerhin der großen Masse der Raucher, den kleinen Leuten eine neue Last aufgeschuldet werden. Die vorgeschlagene Zollerhöhung, welche eine Pinauffschraubung der Belastung auf 260 pCt. bedeutet, bezieht sich nur auf die Rohabake und nicht auf fertige Zigarren. Es ist aber allgemein bekannt, daß gerade die feinen Zigarrensorten es sind, welche fertig importirt werden, daß dagegen die Rohabake, welche aus dem Auslande bezogen werden, zur Anfertigung von billigeren Zigarren dienen. Es ist weiter bekannt, daß die inländischen Tabake vielfach erst durch Verarbeitung mit auswärtigen Tabaken geschmackvoller werden. Eine Zollerhöhung auf ausländische Rohabake würde also gleichzeitig den Konsum der billigeren Sorten vertheuern und verschlechtern. Dem Arbeiter, dem Kleinbürger würde der Genuß seiner 5 Pfennig-Zigarre in doppelter Beziehung verleidet, und da der Mensch denn doch erfahrungsgemäß zur Anregung bei der Arbeit eines Genußmittels bedarf, so würde wohl an Stelle der theurer und schlechter gewordenen Tabake vielfach der hygienisch und damit auch sozialpolitisch weit verwerflichere Alkoholgenuss treten. Dies ist die weit perspektivische, welche die vorgeschlagene Zollerhöhung eröffnet.

Vom Dombau. Die Mehrheit für den Dombau ist gesichert, da die Ultramontanen im Bunde mit Konservativen und Polen jedenfalls dafür stimmen werden. Es ist ein anziehendes Schauspiel, daß die Vorkämpfer des Zentrums für den protestantischen Kirchenbau stimmen. Alle Scheu vor dieser Kezerei schwindet, nachdem die katholische Partei eine gouvernementale geworden ist und den Ton angiebt, nach welchem musiziert wird.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat denn auch mit allen gegen 5 Stimmen die Bewilligung der verlangten 10 Millionen als Zuschuss des Staates, d. h. der Steuerzahler, beschloffen. Die Fraktion Drehscheibe ist bereit, wie wir vorausgesetzt, ungescheit. Der Herr Archivrat Dr. Sattler stimmte für die Forderung und erklärte zugleich Namens der großen Mehrheit seiner Parteigenossen schon jetzt die Zustimmung, während zwei andere national-liberale Mitglieder der Kommission „vorläufig“ dagegen votirten, aber mit der Begründung, daß sie zunächst eine befriedigendere Feststellung des Rechtsverhältnisses der Krone zu dem Bau wünschten. Die Deutschfreisinnigen waren gegen die Bewilligung. Das Bürgerthum ist ein Rohr im Winde, das sich demüthig beugt, wenn ein schärferes Lüftchen von oben weht. Man sieht, was es mit der Scheinopposition des Liberalismus auf sich hat.

Wind, Wind, Wind. . . .

Herr Post an der Arbeit. Die „Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen“ will im April eine Konferenz von Mitgliedern und Sachverständigen abhalten, in welcher die Arbeiterwohnungs- und Arbeitererholungs-Frage besprochen und eine Anstellung von Plänen, Skizzen, Modellen veranstaltet werden soll. Will Herr Post und seine Gefolgschaft Erholung der Arbeiter durchzuführen, so kämpfe er für den Achtstundentag! Was er jetzt thut, ist im besten Falle eine leere Plaus.

Die Vorbeeren, welche die gewohnheitsmäßigen Verleumder der Sozialdemokratie aus Anlaß der letzten Krawalle hier in Berlin eingehemmt haben, indem sie die Schuld an diesen Vorgängen unserer Partei beimäßen, haben den Bamberger Domvikar und Reichstags-Abgeordneten, Johannes Wenzel veranlaßt, zur Sache auch sein Urtheil abzugeben. Herr Wenzel zählt z. B. des Kulturkampfes und Begründer der katholischen Gesellenvereine, aus denen bekanntlich der Bismarck-Attentäter Kullmann hervorgegangen ist. Infolge dessen wurden eine Zeit lang diese Vereine als Zuchtstätten für politische Attentäter verleumdet und in Preußen vorübergehend fast alle polizeilich unterdrückt. In jener Zeit, als Bismarck den Ultramontanen den Kullmann an die Wandschmiede hängte, da wußte Herr Wenzel nicht Worte der Entkräftung genug zu finden über solche „politische Unanständigkeit“, und mancher giftgeschwollene Artikel gegen die kirchenschänderischen Kulturkämpfer und ihren Groß-Bismarck entlosch damals der Feder des schneidigen Bamberger Pfarrverwesers. Im Herzen ist Herr Wenzel heute noch Kulturkämpfer und der Haß gegen den Liberalismus lodert noch ungeschwächt in seiner Brust, aber das, was er seiner Zeit, als es gegen seine Partei geübt wurde, mit Verachtung bekämpfte, das übt er jetzt selbst. Herr Wenzel ist unter die politischen Klatschweiber, um nicht zu sagen Denunzianten gegangen. Wie wir aus der „Germania“ ersehen, hat der Bamberger Domvikar in einer hiesigen Katholikenversammlung sich über die Strafen-urtheile ausgesprochen und dabei nur wiederholt, was die „Freisinnige Zeitung“ und das „Kleine Journal“ zuerst zu erzählen wußten, nämlich daß die Bebel und Liebknecht die intellektuellen Urheber von solchen Aufstrebungen gegen die bestehende Ordnung sind.

Das ist ungefähr dieselbe Redewendung, mit der die Kulturkämpfer seiner Zeit die Partei des Herrn Wenzel und die katholischen Gesellenvereine für den Narrenstreich Kullmann's verantwortlich machten. Ein Treiben, das Herr Wenzel und seine Genossen — und zwar mit Recht — als bubenhaft gemein bezeichneten. Aber was den Ultramontanen Anfangs der siebziger Jahre recht war, sollte das heute den Sozialdemokraten nicht billig sein?

Uebrigens begnügt sich Herr Wenzel nicht damit, unsere Parteiführer der intellektuellen Urheberschaft an den Krawallen zu beschuldigen, er greift noch um eine Nummer weiter und findet, daß die Lehrer der Unruhestifter „und somit zumeist schuldig an der Verwöhnung, von der die längsten Straftumulte ein Symptom bilden, die gottesläugnerischen, atheïstischen liberalen Professoren und Staatsphilosophen“ sind.

Mit dieser Schlussfolgerung hat es nun Herr Wenzel freilich mit der Lante Wos gründlich verdorren, und sie erklärt, daß die unlauteren und widerwärtigen Behauptungen sich von selbst richten.“ Diese sittliche Entrüstung sieht besonders der „Wos. Ztg.“ schön, welche dieselben „unlauteren und widerwärtigen Verleumdungen“ fast Tag für Tag wiederholt, nur daß sie dieselben gegen unsere Partei richtet. Damit, daß Lüge und Verleumdung sich gegen andere Personen wenden, hören sie aber doch noch nicht auf, Lüge und Verleumdung zu sein! —

„Am Herr im eigenen Hause zu bleiben“, wie es in dem betreffenden Berichte heißt, hat ein von der Hamburger Bürgerchaft eingesehter Ausschuss ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz ausgearbeitet, welches an Stelle der bisher gültigen Verordnung über das Vereinswesen vom 30. Juni 1851 treten soll. Um Mißverständnissen zu begegnen, bemerken wir, daß das derzeitige Hamburgische Vereinsrecht nichts weniger als freisinnig ist, dasselbe entspricht ganz dem Geiste der Zeit, aus welcher es datirt, und abgesehen von der Bestimmung, daß politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen und der Einreichung von Mitgliederverzeichnissen sind in der betr. Verordnung so ziemlich alle Beschränkungen des Vereinswesens enthalten, welche das preussische, bayerische und sächsische Vereinsgesetzwesen — zieren. Wenn trotzdem von Scherzern gegenüber den Arbeiterverbänden aus Hamburg weniger zu berichten war, so liegt das an der localeren Handhabung der betreffenden Bestimmungen Seitens der Behörde. Was nun den neuen Entwurf betrifft, so bringt derselbe keine Verschlechterung des derzeitigen Rechtszustandes — das wäre auch nicht gut möglich — aber ebenso wenig Besseres. Ganz und gar frei ist der Entwurf von dem Bestreben, mit dem alten reaktionären Geiste zu brechen. Charakteristisch dafür sind die §§ 1 und 2 des Entwurfs, welche folgenden Wortlaut haben:

§ 1. Vereine und Versammlungen, deren Zwecke oder deren Thätigkeit mit den Gesetzen des Staates im Widerspruch stehen oder den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Sicherheit gefährden, sind verboten.

§ 2. Bei dringender Gefahr für den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Sicherheit ist die Polizeibehörde befugt, jede öffentliche oder nicht öffentliche Versammlung zu untersagen.

Nach dem jetzigen Gesetze sind alle Vereine und Versammlungen verboten, welche mit der gesellschaftlichen Ordnung im Widerspruch stehen.“ Würde von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht, so läßt sich bei etwas Interpretationskunst jeder sozialdemokratische Verein und jede ditto Versammlung verbieten. Unterm Sozialistengesetz hat auch der Hamburger Polizeiherr alle Volksversammlungen verboten. Die Bestimmung, daß in Zukunft nur mehr Vereine zc. verboten werden können, welche „den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Sicherheit gefährden“, soll ein Fortschritt sein. Welchen Werth derselbe unter den Händen einer Polizeiverwaltung hätte, welche etwa im Geiste Puttkamer's ihres Amtes walte, brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen. Im Großen und Ganzen dürfte auch unter dem neuen Gesetze, vorausgesetzt, daß dasselbe in Kraft tritt, alles beim Alten bleiben. Charakteristisch für unsere politische Entwicklung ist nur, daß eine von deutschfreisinniger Seite angeregte Neuordnung des Vereins- und Versammlungsrechtes in einem Staatswesen, das unbestritten zu den fortgeschrittensten in Deutschland gehört, mit dem Ergebnisse endet, daß die bezüglichen Bestimmungen aus der Reaktionszeit nach 1848/49 nicht verschlechtert werden. Wenn etwas beweist, wie unser Liberalismus auf den Hund gekommen ist, so ist es diese Thatsache.

„Nur eines Winkes“ gewärtig. Im „Deutschen Wochenblatt“ entwirft sich ein Anonymus, der martialisch seinen Ausruf mit zwei gekreuzten Degen unterzeichnet, über die Dienstentlassung des Grafen Limburg-Stirum. Das Vorgehen gegen ihn, heißt es darin, „wird um so räthselhafter, als es ebenso bekannt ist, daß es für den Grafen Limburg-Stirum, welcher trotz seines Abschiedsgesuches nur zur Disposition gestellt war, lediglich eines Winkes bedurft hätte, um ihn zu veranlassen, seinen Entlassungsantrag zu wiederholen.“ Wir bezweifeln gar nicht, daß auf einen Wink, zart oder mit dem Jauchzah, der Herr Graf gegangen wäre, weil er hätte gehen müssen. Er hat es aber vorgezogen, zehn Jahre Gesandter zur Disposition zu bleiben und als inaktiver Beamter einen beträchtlichen Gehalt aus dem öffentlichen Säckel auf Kosten der Steuerzahler sich zahlen zu lassen. Und Graf Limburg-Stirum ist ein sehr reicher Großgrundbesitzer, der es doch wahrlich nicht nöthig hat, dem gemeinen Wesen sich in die Fütterung zu geben, ohne einen Finger dafür zu rühren. Wo blieb hier das Feingefühl?

Wiener Wohlthätigkeit. Das Hilfskomitee für die Arbeitslosen“ hat sich an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mit der Bitte um Zurücknahme des Verbots der Brotvertheilung gewendet. Das Komitee wurde an den Statthalter verwiesen, welcher die „Verdienste“ des Komitees anerkannte, das Verbot jedoch unter Hinweis auf verschiedene Umstände für gerechtfertigt erklärte. Selbst die Humanitätskomodie erscheint dem Grafen Taaffe überflüssig. Er hat ja Säbel und Pike, um die Hungrigen — still zu machen.

Niederländisches Idyll. In der Sitzung der zweiten Kammer vom 2. März wurde, wie aus einem Brief des Amsterdamer Berichterstatters der „Wos. Ztg.“ hervorgeht, die Mißwirtschaft der holländischen Bourgeoisie durch ein klassisches Beispiel erläutert. „Es handelte sich“, heißt es in der „Wos. Ztg.“, um den Wohlstand in der Provinz Friesland, besonders in der Umgegend von Wees, wo das Elend zu so gräßlicher Höhe gestiegen ist, daß, wie ein Blatt sich ausdrückte, nicht nur gebettelt, sondern geradezu geraubt wird und daß die Privatmildthätigkeit kaum mehr als ein einziger Regentropfen in einer großen Sandwüste ist. Hauptursachen sind es die Beearbeiter, bei welchen der Hunger als ständiger Gast eingelehrt ist, und die Schilderungen, die darüber in einzelnen Blättern veröffentlicht werden, grenzen an das Unglaubliche. Man hatte in der Provinz selbst schon vor Eintritt des Winters mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, wie es kommen werde, und es hatte sich ein Komitee gebildet, welches die Absicht hatte, nicht nur für den nöthigen Unterhalt, sondern auch für ausgiebige Arbeit zu sorgen, so daß der nothleidenden Bevölkerung der Mangel des Almosennehmens erspart werden sollte. In dieser Hinsicht hatte man den Plan entworfen, den ausgedehnten Grund, dessen Flächeninhalt sich nach Tausenden von Hektaren berechnet, zu Ackerbau und Wiesenland umarbeiten zu lassen, was sich um so leichter hätte bewerkstelligen lassen, als zu diesem Zweck ein käufliches Kapital von 360 000 Gulden verfügbar war. Aber was geschah? Der ständige Ausschuss der Provinzialstaaten, d. h. die Provinzialregierung, verweigerte wegen der Nichtbeachtung einiger Formalitäten die Erlaubnis, die geplanten Arbeiten in Angriff zu nehmen, und die Folge ist also, daß die Bevölkerung dazu verurtheilt ist, noch einigte

Wochen lang, bis der Minister die Sache recht genau und gründlich untersucht hat, Hunger zu leiden und zu darben. In dieser Provinz ist überhaupt noch recht Vieles faul. Die reichen Grundbesitzer leben im Haag oder auch in Paris, verzehren daselbst ruhig ihre Pachtzinsen, entgehen dadurch den hohen Steuern, die dann von den weniger Vermittelten getragen werden müssen und sind durch keine Vorstellungen dazu zu bewegen, Meliorationen an ihrem Grundbesitz vorzunehmen zu lassen, wodurch hunderte von jetzt zur Unthätigkeit verurtheilten Händen beschäftigt werden könnten. Es ist hier, als ob man die Armeren gewaltsam in das Lager der Sozialdemokratie treiben wollte, denn nicht einmal der Posten von 100 Gulden, den die Stadt Sneek in ihr Budget eingestellt hatte, um ärmeren Schulkindern während des Winters warmes Essen zu verabreichen, fand Gnade vor den Augen der Provinzialregierung. Und dennoch hat die „Friesische Volkspartei“ sich bis jetzt entschieden geweigert, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftliche Sache zu machen. Ob aber diese Weigerung angesichts der hier geschilderten Thatsachen noch länger Stand halten wird, dürfte ernsthaftem Zweifel unterliegen. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, daß das allgemeine Stimmentrecht denn doch etwas mehr als eine politische Phrase ist, so dürfte er hier in der unwiderlegbarsten Weise geliefert sein; denn so viel steht fest, daß die Provinzialverwaltung in Friesland eine ganz andere sein würde, wenn die breiten Volksklassen, über deren Wehe und Wohl von einigen wenigen reichen und vornehmen Herren entschieden wird, auf die Zusammenführung derselben einigen Einfluß hätten.“ Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Laurent Verheyden †. Der Brüsseler „Peuple“ zeigt den Tod eines der Veteranen der belgischen Arbeiterbewegung an, L. Verheyden's, der seit Anfang der sechziger Jahre, mit de Baeye, Briauc u. A. hervorragend thätig war. In der Internationalen Arbeiter-Assoziation neigte er eine Zeit lang zu den Bakounisten, kam jedoch bald von seinem Irrthum zurück und ist einer der Gründer der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens, die, nachdem die belgischen Arbeiter sich von den anarchoföhen Strömungen freigemacht haben, sich so gesund und kräftig entwickelt und in dem jetzigen Kampf um das allgemeine Wahlrecht ihre Thätigkeit zeigt.

Zum bulgarischen Agentenmord. Einer der am Tode des bulgarischen Agenten Vulkowitsch Theilhabenden, der Agent der russischen Post in Konstantinopel, Schischmanoff, ist von den türkischen Behörden verhaftet und — auf Reklamation des russischen Generalkonsuls diesem ausgeliefert worden. Der von der zarischen Regierung gedungene Strolch wird also in Sicherheit gebracht von der zarischen Regierung.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.
29. Sitzung vom 10. März. 11 Uhr.
Am Ministertische: Riquel, Graf Zedlitz und Kommissarien.
Die Verathung des Kultusetats wird fortgesetzt und zwar beim Romalekat und den dazu gestellten Anträgen.
Derselbe wird gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen mit allen eingegangenen Anträgen an die Budgetkommission verwiesen.
Zur Einführung der Versorgung der Hinterbliebenen der Lehrer und Beamten der höheren Lehranstalten sind 321 457 M. eingelegt und zwar 297 457 M. mehr als im laufenden Etat.
Der Titel wird bewilligt.
Darauf wird um 4 Uhr die weitere Verathung auf Sonnabend 11 Uhr verlagt.

Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Presse.
Leipziger „Wähler“: „Wenn unsere Gegner mit Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokratie drohen, ist mit untrüglicher Sicherheit anzunehmen, daß unsere Partei auf Siegeswegen dahinschreitet. . . . Wir wissen nur zu gut, daß es manche Leute gern sähen, wenn die Pike schießen und der Säbel hauen“ würde, aber die sozialdemokratische geschulte Arbeiterchaft wird es zu verhindern suchen, daß ein „kleiner Staats- und gesellschaftsfeindlicher Anstoß“ dazu Anlaß geben könnte. Freilich ist man nicht sicher, daß künftliche Verworfenen auf Anstiften verböhrter Sozialisten irgend eine verurtheilenswerthe That begehen, aber die Sozialdemokratie würde auch in diesem Falle den Beweis bringen können, daß sie mit derselben nichts zu thun hat. Und so droht jetzt lustig weiter, unsere Bahn verläßt man mit Drohungen ebenso wenig wie mit wirklichen Unnahmensregeln.“

„Märkische Volksstimme“ (Frankfurt a. O.): „Die liberale Opposition gegen das Schulgesetz erinnert lebhaft an jenen Pantoffelhäner, der sich vor seiner Regiere unter den Tisch flüchtete, als sie im Begriffe war, ihm mit dem Besenstiel himmlische Rosen in's irdische Leben zu stechen. Auf ihren Befehl, hervorzukommen, schrie der Tapfere unter dem Tisch hervor: „Ich will nicht, ich bleib' hier; Du sollst sehen, daß ich Herr im Haus bin.“

Einen neuen Befehl für die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik der Gesellschaftszustände lieferte das Konstitutium der Provinz Sachsen. Dasselbe hatte im vorigen Jahre seinen Kreisynoden eine Vorlage betr. verschiedener Fragen über Umfang, Ursache und Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung zugestellt. In dem auf Grund der eingegangenen Berichte erstatteten Bescheid heißt es nunmehr u. A. wie folgt:

„Alle Kreisynoden stimmen wesentlich darin überein, daß fast aller Orten in Stadt und Land eine bedenkliche Unzufriedenheit weit verbreitet sei, und daß der Wunsch und das Begehren, es müsse in den sozialen Verhältnissen vieles anders und besser werden, weithin die Gemüther beherrsche. Wenn freilich die Lohnverhältnisse in einigen Gegenden derartig sind, daß auch die angestrengteste Arbeit nicht völlig im Stande ist, die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse zu erwerben; wenn vielfach die Arbeitsverhältnisse so gestaltet sind, daß den Eltern eine einigermaßen genügende Pflege und Beaufsichtigung der Kinder unmöglich wird; wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ein geistliches Familienleben nicht zulassen und die notwendige Erholung, namentlich die Sonntagsruhe, entbehrt wird, so erscheint jene Unzufriedenheit erklärlich. Verschärft mag sie oftmals dadurch werden, daß manche der Besizenden, statt sich als verantwortliche Haushalter zu wissen, den Besitz nur ansehen als das Mittel zu äppigstem und zügellosestem Lebensgenuss und in der Arbeit und dem Arbeiter nur das Werkzeug zur Beschaffung jener Mittel erblicken. Da kann Mißgunst, Neid und Haß nicht ausbleiben, und aus vielen Synodalerhandlungen löst sich die Klage entgegen, daß dieser Mißstand gefährlich zu werden beginne.“

Theater.
 Freitag, den 11. März.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauern-Oper.) Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Der eingebildete Kranke.
Deutsches Theater. Das Wintermärchen.
Lesung-Theater. Gleiches Recht.
Berliner Theater. Die Königsbräuer.
Residenz-Theater. Riquette (Ma Cousine).
Wallner-Theater. Yvette. Vorher: Ein berühmter Mitsbürger.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Die Hochzeit des Karpfens.
Sollmann-Theater. Onkel Bräsig.
Stend-Theater. Die Räuber.
Adolph-Gräß-Theater. Der Langtisch.
Festpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Rausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Pankordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.
 Parikstraße.
 Freitag, den 11. März 1892, Abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Komiker-Vorstellung.** Auftreten d. Clowns C. Godlewsky, 3 Gebr. Bristore, Paul u. William, Gebr. Diana u. Wars, Herrmann, Gebr. Kronemann, Misso u. in ihren höchst komischen Entrées und Intermezzos. Zum 174. Male: **„Auf Helgoland“** oder: Ebbe und Fluth. Große hydrost. Ausstattungs-Pantomime in 2 Akten, vom Direktor E. Renz. National-Länge (85 Damen) u. Einlage: **Escherkessen.** Dampfsschiff u. Bootfahrten, neue überraschende Licht- und Feuer-Effekte. 80 Fuss hohe Riesenfontaine. Außerdem: Auftreten der Gebr. Rasso. Zum 1. Male in Berlin. **1.** Heben eines Drehesters von 12 Mann. **2.** Trägt Ferdinand Rasso ein Klavier sammt Pianist, Flötist u. Violinist, welche schwebend eine Konzertstücke vortragen. Auftreten einer Wiener Damenkapelle. Prinz Carneval und sein Gefolge, komisch equestr. Arrangements mit 12 Freizeitspferden, dress. u. vorgeführt von Herrn Franz Renz. Emperor, ger. v. d. Schulreiter Herrn Gaberel. Mlle. Edith auf ungef. Pferde. Fel. Natalie, Parforce-Reiterin. Mlle. Theresina auf d. 20 Fuß hob. Drahtseil. Mr. Jules, Jockeyreiter, u. Morgen, Sonnabend: Benefiz f. d. beliebten Clown C. Godlewsky. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ein Kind frei): Auf Berl.: „Die lustigen Heidelberger.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Donnerstag, den 24. März:
Abschieds-Vorstellung.
Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
 Freitag, den 11. März, Abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Clown- und Komiker-Vorstellung** mit vorzüglichem gewähltem Programm. Wer lachen will, muß heute kommen. Komische Entrées und Intermezzos der beliebten Clowns Little Fred u. Lanti und Gebr. Ghianchi. Die Abfahrt vom Corps de ballet-Ball mit der Gepäckkassette 1001. Höchst komische Szene.
 Mr. James Filis, das Schulpferd „Germinal“ reitend. Nur noch drei Mal!
Circus unter Wasser.
 „Eine Nacht in Venedig.“
 Sonnabend, den 12. März: Große Gala-Sport-Vorstellung mit neuem Programm. Mr. James Filis mit „Germinal“. „Eine Nacht in Venedig.“
 Sonntag, den 13. März: Zwei Vorstellungen. Zum letzten Male in dieser Saison: Circus unter Wasser.

Passage-Panopticum.
 Frauengefalten in 7 lebend. Bildern dargestellt von **Berliner Modellen.**
 Ohno Extra-Entrée.

Präuser's anat. Museum.
Schluss unabweislich am 30. März, und viele andere **Täglich** für erwachsene **Damen-** Tag jed. Dienstag und Freitag.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
 Interessanteste Völkerschaft Inner-Afrikas:
Schuli
 b. Emin Pascha-Rafsch.
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstrasse 77-79.
 Heute, sowie täglich:
Gr. Freikonzert.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-Asch à la Duval. Diner à 1 Mark.
 3 Regelmäßigen, 6 Billards, 2 Säle.
 1169L
 Sowie täglich:
Gr. Bock-Ausschank
 aus der Berliner Bock-Bräuerei.

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen im Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Betten — Theilzahlung. P.R. Retzlaff Bettfedern-Spezialgeschäft. Bräckenstr. 5 (Jannowitzbrücke). 2052L

Verlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.
 Anlässlich der Debatten über ein neues Volksschul-Gesetz bringen wir den Parteigenossen folgende Erscheinungen unserer Literatur in empfehlende Erinnerung:
Weltlichkeit der Schule.
 Von **Heinrich Peus.**
 16 Seiten. — Preis 10 Pfennige.
 In zutreffenden und leicht verständlichen Ausführungen erläutert der Verfasser in dieser neuen erschienenen Schrift die mit dem Titel gleichlautende Forderung in unserem neuen Erfurter Programm.
Moses oder Darwin?
 Eine Schulfrage.
 Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von **Dr. Arnold Dodel.**
 4. Auflage.
 Volks-Ausgabe. 112 Seiten. Preis 1,00 Mark.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes.
 Von **Hans Müller.**
 32 Seiten. — Preis 15 Pfennige.
 (Berliner Arbeiter-Bibliothek. Serie II. Heft 9.)
Preussische Volksschul-Zustände.
 Ein Wort an das Volk und seine Lehrer.
 Von **Hans Müller.**
 48 Seiten. — Preis 20 Pfennige.
 (Berliner Arbeiter-Bibliothek. Serie II. Heft 7.)

Beiträge zu der **Schule im Dienste für die Freiheit.**
 Von **Eduard Sack.**
 244 Seiten. Preis 1 Mark.
Schlaglichter zur Volksbildung.
 Von **Eduard Sack.**
 I. Band. 404 Seiten. In 5 Heften à 40 Pfennig = 2 Mark.
Friedrich der Grosse „Der Heroß der deutschen Volksbildung“ und die **Volksschule.**
 Von **Robert Seidel.**
 116 Seiten. Preis brosch. 1,50 M.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bei Bestellungen von auswärts bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Arbeitslose
 Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer, Maler, Töpfer, Stuckateure, Tapezirer, Anschläger u. s. w.
Öffentliche Versammlung
 am Sonnabend, den 12. März 1892, Vormittags 9 1/2 Uhr, in der Brancerei „Tivoli“, am Kreuzberg. Tages-Ordnung:
 1. Die letzten Krawalle und deren Ursachen. 2. Diskussion. 3. Diskussion über die Petition zur Errichtung einer Arbeitsbörse.
 Kein Bierzwang. Keine Geldsammlung. Pflicht eines jeden Arbeitslosen ist es, zu erscheinen.
Der Ausführungsausschuss des Berliner Bauarbeiter-Kartells.
 J. A.: Hugo Lehmann, Buttmanstr. 20.

1832L
Sophabezüge!
 Reste in Ripps, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.
 Emil Leßvre, Oranienstr. 158.
 Proben franko!

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23 D.P.

Nothtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt. 2069L**

Ausstehende Sammelisten der Buchdrucker!
 Trotz mehrfacher Mahnungen behufs Einziehung der noch ausstehenden Sammelisten steht noch immer eine so bedeutende Zahl aus, daß sich die unterzeichnete Kommission gezwungen sieht, die Nummern der fehlenden Listen zum **letzten Male** zu veröffentlichen, in der Erwartung, daß nun endlich die Säumigen dieser Mahnung nachkommen werden.
 Diejenigen Inhaber von Sammelisten, welche dieselben trotzdem bis spätestens am **Montag, den 14. März d. J.,** nicht abliefern, werden am **Dienstag** der nächsten Woche mit Namen und Wohnung im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.
 Es stehen noch folgende Listen aus:

Nr. 20	89	44	63	125	150	161	162	2040	2050	2072	2074	2075	2090	
167	202	203	237	238	303	308	326	2099	2101	2114	2115	2117	2122	2126
331	338	345	368	428	438	444	445	2141	2160	2163	2190	2211	2213	2223
447	471	492	500	542	549	583	584	2225	2236	2230	2265	2296	2299	2340
589	593	596	597	602	633	634	644	2265	2282	2317	2319	2329	2333	2346
646	649	646	667	673	677	682	732	2386	2396	2407	2415	2427	2459	2463
737	738	742	763	767	768	771	773	2480	2483	2491	2498	2505	2509	2523
774	777	783	785	786	790	970	979	2525	2541	2548	2550	2630	2631	2633
984								2636	2660	2661	2664	2665	2666	2667
1002	1021	1024	1033	1037	1048			2668	2684	2689	2840	2842	2844	2849
1067	1071	1072	1078	1080	1084	1090		2860	2871	2907	2908	2916	2921	2922
1109	1126	1148	1167	1174	1192	1197		2981	2951	2999				
1219	1222	1234	1268	1326	1342	1374		3000	3001	3006	3009	3010	3018	
1412	1414	1428	1437	1454	1459	1476		3015	3017	3022	3024	3025	3028	3031
1479	1482	1489	1491	1496	1497	1517		3040	3042	3043	3065	3090	3109	3132
1519	1532	1600	1622	1669	1694	1700		3143	3169	3170	3171	3172	3173	3174
1702	1706	1707	1710	1739	1747	1772		3295	3297	3298	3302	3317	3345	3364
1774	1779	1781	1789	1832	1833	1835		3369	3370	3397	3399	3392	3393	3396
1886	1867	1891	1896	1897	1909	1910		3398						
1927	1955	1964	1969											

Die Listen sind in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Abends 7 1/2 Uhr in „Gratweil's Bierhallen“ abzuliefern.
 Die Kommission der Berliner Buchdrucker.

Leseklub „Dietzgen“.
Versammlung für Männer und Frauen
 am Sonntag, den 13. März 1892, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei **Knebel, Badstraße 58.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Kotzner** über: Freiheit von Stamm und die Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Nach der Versammlung:
 Gemüthliches Beisammensein und Tanz. 452/1

Zur Marx-Feier!
 Sonntag, den 13. März, Abends 6 Uhr, in **Feuerstein's Salon** (oberer Saal), Alte Jakobstraße 75:
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
 veranstaltet vom **Polnischen Sozialisten-Verein.**
 Tagesordnung: Festrede über Marx. — Nachdem:
 Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.
 Die kombinierte ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen zu Berlin findet am **Sonntag, den 20. März 1892, Vormittags 10 Uhr,** im **Handwerker-Verein, Sophienstraße 15,** statt, wozu die Herren Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergebenst eingeladen werden.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorlegung des Jahresberichtes, Bericht der Revisoren und Decharge des Vorstandes. 2. Erhöhung der Beiträge. 3. Berichterstattung über eine Abänderung des Statutenvertrages. 4. Mittheilungen.
Das Mandat legitimirt.
 Berlin, den 29. Februar 1892. 1821b
Der Vorstand. J. A.: Carl Thimo.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
 Berlins und Umgegend. 890/1
2 große Versammlungen
 am Sonntag, den 13. März d. J., Vormittags 10 1/2 Uhr.
 Für den **Norden** im „Weddingpark“, Müllerstraße Nr. 178.
 Tagesordnung: 1. Zweiter Cyklus-Vortrag des Elektrotechnikers **Herrn Prott.** 2. Die Arbeitseinstellung in der Fabrik von Kammerich. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes und Fragen.
 Zu dieser Versammlung werden alle Kollegen, welche in Baukonstruktions-Werkstätten beschäftigt sind, ganz besonders eingeladen.
 Für den **Süden** in **Habel's Bräuerei, Bergmannstraße 5-7.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Vogtherr** über: Der internationale Gedanke. 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Mitgliedes zur Fachkommission als Vertreter der Gärtnerei. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes und Fragen.
 Zahlreicher Besuch erwünscht. — Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Arbeiter Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 13. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale der **Bräuerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10-11.**
 Tagesordnung:
 1. Wie lassen sich unsere gesunkenen Lohnverhältnisse wieder aufbessern? Referent: Kollege **Diétrich.**
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 NB. Es wird dringend gebeten, die vorausgabten und noch fehlenden Sammelisten zum Buchdruckerstreik vor der Versammlung abzugeben.
B. Förster, Vertrauensmann.
 1813b

Aus England.

London, 8. März.

Während die Bevölkerung Londons und am schwersten der ärmere und ärmste Teil derselben, in Vorwegnahme des angekündigten allgemeinen Ausstandes der Kohlenarbeiter, von den Kohlenhändlern bereits nach alten Regeln der — bald hätte ich gesagt schwarzen — Kunst gebrandstiftet wird, ist bei den am Sonnabend vorgenommenen Erneuerungswahlen für den Grafschaftsrath gerade die Partei geschlagen worden, welcher die Kohlennoth für den Wahlkampf am geeignetsten kam. Eines der Hauptangriffsmittel der „Gemäßigten“ gegen die radikale Mehrheit des alten Grafschaftsraths war, daß sie dieselbe für die Abschaffung der früher für London erhobenen Kohlensteuer verantwortlich machten, infolge deren der Verwaltung der Metropole eine Einnahme von mehreren hunderttausend Pfund Sterling entgangen sei, während die Preise für Kohlen eher gestiegen als gefallen sind. Mit kurzfristigen Voltinismus habe man so den Kohlenhändlern ein üppiges Geschenk in die Tasche gesteckt, für das jetzt die Steuerzahler aufzukommen hätten. Beweis, wie verkehrt und nichtsnutzig die Wirtschaftspolitik der Radikalen sei und daß der stimmfähige Bürger Londons nichts Besseres thun könne, als an ihrer Stelle waschete Konservative zu wählen.

Da thatsächlich der Wegfall der Kohlensteuer seinerzeit keinen merklichen Ausdruck in den Kohlenpreisen gefunden hat, entbehrte das Argument nicht einer gewissen Zugkraft. Und nun kamen noch die Nothstandspreise hinzu, welche die Händler den theils in übertriebener Angst, theils unter dem Druck zwingenden Bedürfnisses — das Wetter hatte zum Schlechieren ungeschlagen — auf sie einströmenden Konsumenten abnötigten. Das mühte allem Erwarten nach Wasser auf die Mühle der Konservativen sein. Trotzdem und ungeachtet mancher ihnen sonst günstiger Umstände sind dieselben indes fast in allen Bezirken, wo überhaupt ein Wahlkampf stattfand (in fünf Bezirken — Quartiere der vornehmen Welt — verzichteten die Progressiven in einem, der als Domäne der Radikalen gilt, die Gemäßigten von vornherein auf den Kampf) unterlegen. Das Wahlergebnis ist im gegenwärtigen Moment noch nicht völlig bekannt, in vier Bezirken wird es erst heute festgestellt werden, aber soviel ist bereits sicher, daß im neuen Grafschaftsrath die „Gemäßigten“ eine noch geringere Minorität ausmachen werden als im bisherigen. Die Männer nach dem Herzen der somosen Liga für die Vertheidigung von Eigenthum und Freiheit werden nicht einmal soviel Stimmen haben, um das Obstruktionsmandat zu wiederholen, mittelst dessen sie zweimal das Zustandekommen eines gültigen Votums über die Beschnahme der fällig gewordenen Tramwaylinien verhindert haben. Es sind bis jetzt als gewählt gemeldet 27 sog. „Gemäßigte“ — darunter verschiedene, die in wichtigen Punkten mit der progressivsten Mehrheit gehen — und 81 Progressiven. Das Gesamtergebnis wird sich eine Kleinigkeit günstiger für die Gemäßigten stellen, da zwei der noch ausstehenden Bezirke — die City von London und der Strand — Domänen derselben sind. Es wird sich etwa auf 88 stellen.

Was diese Wahl so bedeutungsvoll macht, habe ich in meinem vorletzten Brief bereits hervorgehoben: der Ausblick, den sie auf die bevorstehenden Parlamentswahlen eröffnet, und das sozialpolitische Moment, das in ihr zum Ausdruck gekommen ist.

In erster Hinsicht ist es, auch wenn man alle Unterstützung in Abzug bringt, die den Radikalen bei dieser Wahl von liberalen Unionisten zu Theil geworden, nunmehr fast über alle Zweifel sicher, daß dieselben den Konservativen eine ganze Anzahl Londoner Sitze abnehmen werden. Würde es nicht für den hiesigen Verhältnissen Fernstehende des Interesses entbehren, so könnte man das im Einzelnen ziffernmäßig nachrechnen. Aber es genügt, die Thatsache festzustellen, daß von im Ganzen rund 420 000 Stimmen, die am Sonnabend abgegeben wurden, etwa drei Fünftel — rund 245 000 — auf Progressiven entfallen sind, und nur zwei Fünftel auf die vereinigten Rechtsliberalen und Konservativen, die dagegen zur Zeit drei Viertel aller Londoner Parlamentsmandate in Händen haben.

Noch wichtiger aber ist das zweite Moment: die sozialpolitische Bedeutung der Grafschaftsraths-Wahlen. Wenn die Progressiven einem Umstand ihren Sieg vom Sonnabend verdanken, so ist es ihre Verursachung auf die von ihren Leuten im Grafschaftsrath inaugurierte Frontveränderung in Bezug auf die Arbeiterfrage. In allen Flugblättern und Pamphleten, welche von der Partei veröffentlicht, in allen Reden, welche in ihrem Namen gehalten wurden, war dies die leitende Note. Der gemäßigte Sozialist Sidney Webb, der, was man auch sonst von ihm halten mag, einen wahren Wiesenfleh in der Zusammenstellung statistischen Materials entfaltet, wurde zum inspirirenden Geist der progressivsten Wahlkomitees. Es hieß sich einer lächerlichen Ueberreibung schuldig machen, den Wahlausgang als einen Sieg des Sozialismus hinzustellen, aber unangefochten bleibt, daß mindestens indirekt am Sonnabend der Sozialismus einen großen Erfolg in London errungen hat.

Und zum Theil auch direkt. Ein bedeutsames Zeichen dafür ist es, daß der größte Wahlsieg, der über die vereinigten Reaktionsäre errungen wurde, auf Battersea — den Wahlkreis von John Burns — entfällt. Dort hatten die Reaktionsäre Alles angeboten, Burns aus dem Sattel zu heben, und während im übrigen London die religiösen Sektierer für die Progressiven und die von diesen akzeptierten Arbeiterkandidaten eintraten, hatte in Battersea eine Gruppe derselben einen eigenen Kandidaten ins Feld geschickt. Aber alles war umsonst. Burns, der vor drei Jahren 8000 Stimmen erhalten hatte, erhielt diesmal nicht weniger als 5168 Stimmen, sein radikaler Mitkandidat — jeder Bezirk wählt zwei Vertreter — 4470 Stimmen, die Reaktionsäre dagegen nur 2011 bzw. 1780 Stimmen und der „liberale“ Sektierer 1060 Stimmen. Die Begeisterung, die während und am Abend nach der Wahl in Battersea herrschte, wird als unbeschreiblich geschildert. Viele Wähler, schreibt ein Berichterstatter, machten das Geheimnis der Wahl*) dadurch schonungslos zu Schanden, daß sie am Wahltisch peremptorisch einen Stimmzettel für Burns verlangten.

Nach Herr Sidney Webb erhielt in dem Bezirke, wo er kandidirte, eine außerordentlich große Mehrheit, wie denn überhaupt mit einer Ausnahme alle Arbeiterkandidaten gewählt worden sind, welche die Progressiven auf ihre Liste genommen. Gegen die Progressiven sind dagegen weder Gewerkschaftskandidaten noch Sozialisten durchgedrungen. Die Stimmen, welche die von der Sozialdemokratischen Federation aufgestellten Kandidaten erhielten, sind sogar mehrfach noch hinter den bescheidenen Erwartungen zurückgeblieben, die man unter den erhaltenden Umständen an ihre Aufstellung knüpfen durfte. Geradezu überraschend gering sind die Stimmen, die die Federation im Bezirke Chelsea erhielt, wo die Polizei durch einen plumpen Eingriff in das Versammlungsgesetz die denkbar wirk-

samste Klamme für sie gemacht hatte. Trotzdem durch das Verbot der Meetings auf dem sog. „World's End“ diese wochenlang von mehr Hunderten besucht wurden als früher Tausende sich eingefunden, erhielten die Kandidaten der Federation von über 6000 abgegebenen Stimmen noch keine zweihundert. Aber die Sozialdemokratische Federation ist zum Glück nur ein Glied der sozialistischen Bewegung, nicht diese selbst.

Es ist so gut wie sicher, daß die gewählten Arbeitervertreter und Sozialisten eine eigene Gruppe im neuen Grafschaftsrath bilden werden. Wie stark dieselbe werden wird, läßt sich indes noch nicht genau bestimmen, da sich vielleicht noch der Eine oder Andere der als „Progressiven“ schlechtweg Gewählten ihnen anschließen wird. Die Zahl wird zwischen 10 und 15 schwanken.

Damit genug für heute über diesen Gegenstand. Was nun den großen Kohlengräber-Streit, oder, wie es die Arbeiter selbst nennen, die Feiertage der Kohlenbergleute anbelangt, so hat der „Vorwärts“ bereits so ausführlich darüber berichtet, daß ich dem bereits Versagten nur wenig hinzuzufügen habe. Der beabsichtigte Ausstand ist weniger ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit als ein von den Arbeitern aufgenommener Kampf gegen die Anarchie in Produktion und Zirkulation ihres Arbeitsprodukts. Seit Monaten wurden den Arbeitern Lohnreduktionen auferlegt unter dem Hinweis auf die schlechten Absatzpreise und die Ueberfüllung des Marktes mit Kohlen. Und siehe da, kaum ist der Beschluß gefaßt, durch eine freiwillige Arbeitspause dem Ding ein Ende zu machen, und hat es sich gezeigt, daß die Arbeiter fest entschlossen sind, Wort zu halten, so schnellen auch schon, noch ehe ein Arbeiter die Pike niedergelegt, die Kohlenpreise in die Höhe, als wären alle Kohlendepots bereits erschöpft. Und natürlich macht jeder Einzelne aus der Reihe der Mittelpersonen, die sich zwischen Produzenten und Konsumenten drängen, seinen besonderen Preisausschlag, so daß diejenigen am schlimmsten daran sind, die am Meisten solcher Zwischenhändler zu befriedigen haben, d. h. die Arbeiter, die ihre Kohlen nur in kleinen Mengen vom Hölzer einkaufen können. Die Proletarier sind immer die Ersten, die geschunden werden, wie sie andererseits es sind, die zuletzt von irgend einer günstigen Konjunktur Vortheil ziehen. Viele Engros-Händler in Kohlen haben z. B. ihren guten Kunden aus den bürgerlichen Klassen noch Kohlen zu den gewöhnlichen Preisen geliefert, wo die kleinen Leute schon Ausschläge von 50 bis 100 pCt. bezahlen mußten.

Gegen solche Manipulationen können natürlich die Bergleute nichts, und es wäre daher höchst unbillig, ihnen einen Vorwurf für einen Zustand der Dinge zu machen, den sie nicht verschuldet haben, oder von ihnen zu verlangen, sich mit Rücksicht auf denselben den Lohnreduktionen, die ihnen zugemutet werden, völlig zu unterwerfen. Die Verantwortung für die Uebelstände, die ihr Beschluß zur Folge gehabt hat, und die seine Ausführung, wenn es dahin kommen sollte, noch zur Folge haben wird, geht nach einer ganz anderen Seite hin. Dieselbe trifft, soweit Individuen in Frage kommen, den Ring der Grubenleiter und der Händler, und über diese hinweg die ganze heutige Gesellschaftsordnung. Halb bewußt, halb unbewußt hat dies vor einigen Tagen ein radikales Londoner Morgenblatt ausgesprochen, indem es, freilich mit anderer, wenn auch nicht manchesterlicher Ruchanwendung, schrieb: „Der Preis der Kohlen ist eine Sache, die weder einer Federation von Unternehmern noch einer Federation von Arbeitern überlassen bleiben sollte.“ Aber wenn die heiligen Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht mehr gelten sollen, welcher Stein im Tempel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ruht dann noch sicher an seinem Platze?

Parteinachrichten.

Lübeck. Bei den am 8. März vollzogenen Wahlen der Weisheit zum Gewerbegericht wurden für die sozialdemokratische Liste der Arbeiterbeisitzer 1186 Stimmen abgegeben. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Bei der Wahl der Unternehmer-Beisitzer legte die Liste des Industrievereins und der Innungen. Für die Liste wurden 676 Zettel abgegeben. Es waren im Ganzen 4 Listen aufgestellt. Der Antrag zur Wahlurne war während der ganzen Wahlzeit ein ganz enormer, da überhaupt nur ein Wahllokal vorgesehen war. Eine große Anzahl Unternehmer konnten ihre Stimme nicht abgeben, einzelne haben fünf Mal den Versuch gemacht, zur Wahlurne zu gelangen, mußten aber unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Bei der mangelhaften Einrichtung, war es überhaupt unmöglich, daß alle wahlberechtigten Unternehmer ihr Wahlrecht ausüben konnten, denn der Wahlvorstand hatte während der ganzen Wahlzeit ununterbrochen vorlaut zu thun. Es ist, wie man hört, von verschiedenen Seiten Protest gegen die Wahl erhoben. Bei den Arbeitern, wo in vier Lokalen gewählt wurde, ging alles glatt ab. Daß es bei den Unternehmern so lebhaft hinging, so daß man sogar im Gedränge die Fenster eindrückte, hatte darin seinen Grund, daß man der Innungsliste eine Liste solcher Gewerbetreibender entgegenstellte, die keiner Innung angehörten und daß dies zuerst von sozialdemokratischer Seite angeregt wurde. Man machte nun von Seiten der Innungen und des Industrievereins Anstrengungen, stärker als bei der Reichstagswahl; die wohlbeleibten Industrievereinler stürzten sich mit wahrer Todesverachtung in das Gedränge. Die Sozialdemokraten haben sich darüber lösslich amüßigt.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Kassel bei Mainz wurden die Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt.

Aus Rudolstadt in Th. wird von einer rapiden Zunahme der Anhänger unserer Partei berichtet. Vor wenigen Jahren wählten die dortigen herrschenden Klassen fast nichts davon, daß daselbst die Sozialdemokratie Vertreter hatte. Jetzt muß man mit unserer Partei ernsthaft rechnen.

Oberberg i. Mark. Hier tagte am Sonntag eine Volksversammlung unter freiem Himmel, an welcher ca. 400 Personen theilnahmen. Genosse Treuherz (Berlin) referirte unter reichem Beifall über die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit. Gegner meldeten sich zur Diskussion nicht, trotzdem der Rektor der Stadtschule trübselig eingeladen war, weil er in einem Schreiben an die Stadtverordneten-Versammlung betreffs Gründung einer Schülerbibliothek ausdrücklich angeführt hatte, dieselbe solle mit zur Bekämpfung der Irreführungen der Sozialdemokratie dienen. In einer entsprechenden Resolution erklärte sich dann die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtete sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele einzutreten. Eine zweite Resolution, welche der bisherigen Taktik der Parteileitung vollkommen beistimmte und das Vorgehen der sogenannten „Unabhängigen“ verurtheilte, gelangte ebenfalls zur Annahme. Mit einem draufenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

„Geistige“ Waffen. Die Mittel, schreibt der „Braunschweiger Volksfreund“ welche zur Vernichtung der Sozialdemokratie in Anwendung gebracht werden, sind zuweilen recht jämmerlicher Art. Dabei gehen die Sozialistenreffer oft mit einer Tölpelhaftigkeit zu Werke, daß man sie wirklich bebauern möchte. So wurden im benachbarten Zweidorf zweimal, wenige Tage hintereinander, Nachts geschriebene Plakate angeklebt, welche Drohungen gegen den Ortsvorsteher und verschiedene andere Personen enthielten und durch einzelne Anspielungen den Schein erwecken sollten, als seien es sozialdemokratische Kundgebungen. Unzweifelhaft sollte damit bezweckt werden, einen jungen Genossen zu verdächtigen, den zu vertreiben alle Machinationen bisher vergeblich waren. Nun unser Genosse wird sich dadurch nicht irren machen lassen, sondern unbekümmert weiter für die hohe Aufgabe der Sozialdemokratie thätig sein. Daß man aber überhaupt zu solchen läppischen Mitteln greift, beweist, wie wurmstichig die Waffen unserer Gegner sind.

Vergrath Lenschner in Gisleben erklärt im „Halle'schen Volksblatt“, daß er den Bureauchreiber, welcher sich in eine Gislebener Volksversammlung mit falschem Bart und blauer Brille einschlich, nicht mit der Berichterstattung beauftragt, sondern ihn, und zwar in Gegenwart von Jungten, vor dem Besuche der Versammlung gewarnt habe.

Aus Straßburg im Elsass meldete der „Alsacien-Lorrain“, die Polizeidirektion habe den Gastwirthen den Befehl zu geben lassen, darauf zu achten, daß seitens der Gäste nicht über Politik, Religion etc. gesprochen werde. Die „Straßburger Post“ demontirte die Nachricht. Die „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ erklärt diesem Dementi gegenüber, daß die Meldung des „Alsacien-Lorrain“ auf gründlicher Wahrheit beruht; einige Wirthe mußten sogar ein Schriftstück unterzeichnen, in welchem hauptsächlich auf die sozialdemokratischen Unterhaltungen als unstatthaft hingewiesen wird. Einige Arbeiter haben diesen Ulaß auch schon in einer Wirthschaft in seiner vollen Wirkungskraft zu fühlen bekommen. Als sie argloser Weise sozialdemokratische Thematika besprachen, kam eilends der Wirth heran und unterlagte ihnen eine Fortführung dieser Unterhaltung mit der Bemerkung: „Er werde bestraft, resp. es würde ihm die Konzession entzogen, wenn er solche Gespräche dulde.“ Natürlich werden dergleichen Maßregeln gerade das Gegentheil des Bezwirkten erreichen.

Todtenliste der Partei. In Magdeburg-Sudenburg wurde am Sonntag der Genosse Franz Döring beerdigt. 1500 Genossen und Genossinnen gaben ihm das letzte Geleit.

Politikalisches, Gerichtliches etc.
— In Siendal wurde der verantwortliche Redakteur Emil Schade vom „Altmarkischen Sozialdemokraten“ wegen Beleidigung des Pastors Krüger aus Kassel zu 1 Woche Gefängnis und zur Tragung der Kosten der Urtheilspublikation in zwei Blättern verurtheilt. Der Rechtsanwalt hatte 100 M. Geldstrafe beantragt. Der Sache lag folgender Vorfall zu Grunde: „Am 3. März v. J. hielt der Pastor im Verein „Waterland“ zu Gardelegen eine Rede über das Thema „Soziale Revolution, soziale Reform.“ In derselben führte er u. a. aus, daß die soziale Frage im Sinne der Sozialdemokratie nur durch die blutige Revolution gelöst werden, daß die Streiks größtentheils durch die Sozialdemokraten hervorgerufen würden und daß er sich den sozialistischen Zukunftsstaat als einen zoologischen Garten vorstelle, auch daß die sozialistischen Führer im Parlamente Gesetze einbrächten, von denen sie sich doch sagen könnten, daß sie unannehmbar seien. Auf diese Rede hin erschien in Nr. 6 des „Altmarkischen Sozialdemokraten“ folgender Artikel: „Gardelegen. Hier ließ Herr Pastor Krüger aus Kassel wieder einmal etwas von sich hören. Gebeffert hat er sich in seinem Vortrage seit dem letzten nicht; er hatte sich diesmal einen Zweigverein des evangelischen Bundes ausgetoren. Den Vortrag hier wiederzugeben, wäre langweilig, auch haben wir keine Lust, Herrn Pastor Krüger hier zu belehren. Wer mit einer solchen Absichtlichkeit Unwahrheiten in die Welt hineinschleudert, wie hier Herr Pastor Krüger, verdient nicht weiter beachtet zu werden.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Öffentliche Sitzung von Donnerstag, den 10. März, Nachmittags 5 Uhr.

Stadt. Wie hat das Mandat niedergelegt.
Die Petition der Versammlung an das Abgeordnetenhaus in Betreff des Polizeikosten-Gesetzes ist durch den Beschluß des Hauses vom 5. März, wodurch die Vorlage unverändert angenommen worden ist, für erledigt erklärt worden.

Der deutschfreisinnige Arbeiterverein in Berlin hat um Aufrechterhaltung der Gebührenfreiheit bei den Prozessen vor dem Gewerbegericht petitionirt.

Ueber die Vorlage des Magistrats, nach welcher den Schulinspektoren in denjenigen besonderen Angelegenheiten, welche ihnen im Plenum der Schuldeputation zur Verfügungsstellung oder Bearbeitung übertragen werden, ein Stimmrecht beigelegt werden soll, entspinnt sich eine längere Debatte. Für den Magistratsantrag sprechen die Stadtverordneten Cappel, Spinolo, Schwalbe, Horwik und Stadtschulrath Bertram; gegen denselben die Stadtv. Gerth, Langerhans und Bortmann.

Stadt. Singer: Die Analogie mit den das Stimmrecht bereits besitzenden Magistrats-Affessoren trifft nicht zu, diese Herren sind städtische Beamte, während die städtischen Schulinspektoren als Kreis-Schulinspektoren zugleich Staatsbeamte sind. Wir haben gar keine Veranlassung, diesen Herren für die Schuldeputation ein Stimmrecht zu ertheilen. In den Staats- und Reichsverwaltungen nehmen viel höhere Beamte an den beschließenden Beratungen theil, ohne Stimmrecht zu genießen. Es hieß die Selbstverwaltung preisgeben, wenn man einen Eingriff in dieselbe dah'n gestatten wollte, daß die Gestaltung der Gemeinde-Angelegenheiten mit von der Stimme der Herren abhängen soll. Es kann sich hier auch nicht darum handeln, den Schulinspektoren ein Kompliment zu machen und aus diesem Grunde etwas von der Selbstverwaltung zu opfern. Daß die Superintendenten sich und Stimme in der Deputation haben, hat hierbei keinen Einfluß, denn diese Befugnis ist den betreffenden Geistlichen durch Gesetz beigelegt; würde die Stadt sich die Deputation nach ihrem Wunsch zusammen setzen können, so stände es in diesem Punkte vielleicht anders. Der Antrag würde nur die Rechte von Beamten erweitern, die nicht gewählte Organe der Gemeindeverwaltung sind.

Die Magistratsvorlage wird abgelehnt.
Die Vorlage betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts in Berlin hat der Ausschuss mit folgenden Änderungen angenommen: die Wahl soll im September erfolgen (nach der Vorlage: in der Zeit vom 1. September bis Ende

*) Für das übrige beim hiesigen System sehr gut gefordert. Der Wähler erhält am Wahltisch einen amtlich gestempelten Wahlzettel, auf dem die Namen der von den verschiedenen Parteien aufgestellten Kandidaten bereits gedruckt stehen. Mit diesem Zettel geht er in einen der im Wahllokal fächerartig aufgestellten Verschläge, macht dort neben den Namen der Kandidaten, die er zu wählen wünscht, ein Kreuz, faltet den Zettel und steckt ihn dann selbst in die bereitstehende Urne.

Arbeiter; Versammlungen haben schon beim Ausscheiden eines Viertels der Weisiger stattgefunden (nach der Vorlage 10 von 100 Weisiger vorgenommen werden, wenn ein Drittel ausgeschieden ist); die Diäten der Weisiger sind auf 6 M. normiert (Vorlage 4 M.); die Gebührenfreiheit ist befristet und ein Tarif nach dem Werte des Streitgegenstandes gegen 3 Stimmen beschlossen worden, wonach bei einem Werte bis zu 20 M. 1 M., von 20-50 M. 1,50 M., von 50-100 M. 3 M., für jede weiteren 100 M. 3 M., bis zum Höchstbetrage von 30 M. Gebühren erhoben werden sollen. — Alle Anträge der Stadt. Vorgmann u. Gen.: Wahlen, Wahl der Weisiger auf 2 statt auf 6 Jahre, Änderung der Eidesformel, Wahl am Sonntage u. f. w. sind vom Ausschuss verworfen worden.

Für die heutige Verhandlung haben die sozialdemokratischen Mitglieder die Anträge betreffend die Wahl der Weisiger auf 2 Jahre mit der Maßgabe, daß jedes Jahr die Hälfte der Weisiger jeder Kategorie ausscheidet und durch Neuwahlen ersetzt wird, und betreffend die Wahlenwahl wieder eingebracht. Außerdem beantragen sie, die Gebührenfreiheit aufrecht zu erhalten. Für den Fall der Ablehnung des Antrages betreffend die Dauer der Wahlperiode der Weisiger beantragt Stadt. Zuhauer die Streichung der Bestimmung der Vorlage, wonach alle 2 Jahre ein Drittel der Weisiger jeder Kategorie ausscheidet und Neuwahl (resp. Wiederwahl) stattzufinden hat.

Referent Stadt. Meyer I führt aus, daß der Ausschuss zunächst die sechsjährige Wahlperiode für die Weisiger als die richtige angesehen und die Vorlage deshalb nicht geändert hat. Stadt. Vorgmann: Nicht einmal das Gewerbegericht-Gesetz hat die sechsjährige Periode als Norm, sondern nur als Maximalgrenze gesetzt; da hätte doch die große Gemeinde Berlin, namentlich bei der absoluten Sicherheit der Hofsache, daß der außerordentlich häufige Wechsel im Arbeiterverhältnis ungünstig auf den Bestand des Arbeiterbestandes-Kollektivums im Gewerbegericht zurückwirken werde, nicht nötig, sofort zu diesem gesetzlichen Maximum zu greifen. Wir halten eine längere Wahlperiode für durchaus notwendig und bitten, unsern Antrag anzunehmen.

Die Anträge Vorgmann und Zuhauer werden abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Zur Begründung des Antrags auf Einführung des Listenstrittiniums und auf Abhaltung der Wahl am einem Sonntage bemerkt

Stadt. Vorgmann: Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Festsetzung des Sonntags als Wahltag die Zustimmung des Oberpräsidenten nicht finden würde. Wenn Sie alles so einrichten wollen, wie es der Oberpräsident wünschen möchte, so dürfen Sie doch manchmal mit Ihrer Meinung in Widerspruch geraten. Wenn Sie eine Meinung haben, können Sie nicht darnach fragen, wie der Oberpräsident darüber denkt. Die Wahl am Sonntag hat nichts Bedenkliches; auch andere Körperschaften wählen Sonntags. Lassen Sie sich, wir bitten Sie darum, durch diese Argumentation nicht beirren, wenn Sie sonst den Gedanken der Wahl am Sonntag für berechtigt und vernünftig halten. Die im Ausschuss gegen das Listenstrittinium angeführten Gründe sind für meine Freunde durchaus nicht stichhaltig. Man hat gesagt, es komme bei dem Gewerbegericht gar nicht darauf an, daß dieser oder jener Gewerbezweig vertreten sei. Ich bin entgegengesetzter Meinung. Die dieser Versammlung angehörenden Rechtsanwälte werden doch aus ihrer Praxis wissen, wie schwierig es ist, Streitigkeiten, in denen technische Fragen eine Rolle spielen, vor dem ordentlichen Richter zu verhandeln, wie oft Termine angelegt und Sachverständige berufen werden müssen. Gerade in den Gewerbegerichten müssen also möglichst Sachverständige sitzen. Führen Sie jetzt Bezirksräte ein, so könnten leicht ganze Gruppen von Interessenten gar nicht hineingewählt werden, weil sie in dem einzelnen Bezirk die Majorität nicht haben. Durchführbar ist das Listenstrittinium ebenfalls; ich verweise nur auf Leipzig, wo es in Kraft ist, und ich erinnere an die Wahlen der Berufsgenossenschaften, die sich über einen Raport erstrecken, wie ihn auch Berlin nicht aufweisen kann: Da müssen Millionen von Arbeitern einen Einzelnen wählen, den sie nie zu sehen bekommen. Bei den Listenwahlen zum Berliner Gewerbegericht wird man die Personen schon kennen lernen in Verammlungen u. f. w., wenn man sie nur kennen lernen will. Wechselt sich der Magistrat gegen die Einrichtung sträubt, ist unverständlich. Die Herren brauchen ja nicht zu wählen, sie sind auch sonst nicht mit der Wahl belastet. Wären die Herren Magistratsvertreter Eberty und Weigert Tischler- oder Schneidergesellen (Heiterkeit), so würden sie unsern Antrag aus Ueberzeugung zustimmen. Ich bitte Sie aus diesen praktischen Gründen, unseren Antrag anzunehmen, obwohl ich weiß, daß Sie in Ihrer betamten Lebenswürdigkeit auch diesen Antrag ablehnen werden.

Stadt. Eberty bittet, aus praktischen und Zweckmäßigkeitsgründen es bei der Vorlage zu belassen.

Der Antrag Vorgmann u. Gen. wird abgelehnt.

Zur Gebührenfrage bemerkt der Referent, daß der Ausschuss das Prinzip der Gebührenfreiheit abgelehnt und das Entgelt aufgestellt habe; doch soll das Gericht besorgt sein, geeignetenfalls die Kosten außer Ansatz zu lassen. Man müsse frivoles Prozessieren sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter verhüten.

Stadt. Sach II beantragt Gebührenfreiheit für Streitobjekte bis zu 50 M.

Stadt. Singer: Von dem neuen Prinzip, welches der Ausschuss hier einführt, war bisher nirgends die Rede. Bisher war man allseitig darüber einig, daß, wenn die Institution wirklich heilsam wirken soll, die Erhebung von Gebühren vermieden werden muß. Ich theile zunächst die rechtliche Auffassung des Magistrats. Nach meiner Auffassung, die sich auch auf die bezüglichen Reichstags-Verhandlungen stützt, lag es nicht in der Pflicht des Gesetzgebers, Gebühren einzuführen, und nur mit Rücksicht auf finanziell schwache Gemeinden, denen man die Einrichtung eines in ihrem Bereich als vorteilhaft erscheinenden Gerichts erleichtern wollte, wurde diese Fakultät beschlossen. Außerdem, meine ich, begründet es das erkennende Gericht, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, Kosten erlassen zu können. Entweder werden Gebühren erhoben oder nicht; das erkennende Gericht soll Recht sprechen, nicht aber es in der Hand haben, eine bestimmte Partei dadurch zu bevorzugen, daß es die Kosten außer Ansatz läßt. Das wäre ein Stücken Kabinettsjustiz, wie es bei keinem zivilisierten Volke mehr vorkommt; die Niederschlagung von Gerichtskosten erfolgt bekanntlich von einer ganz anderen Stelle aus, als von dem erkennenden Gericht. Ich könnte mir ganz wohl denken, daß man in Rücksicht darauf, daß die Kosten niedergeschlagen werden, vielleicht zu einem etwas anderen Urteil käme. Diese rechtlichen Bedenken stehen aber hinter wichtigeren faktischen noch zurück. Der Ausschuss will frivoles Prozessieren verhüten, er will durch die Kosten davon abschrecken, daß die Beteiligten ihr Recht suchen. Aus diesem Gesichtspunkt wird das Gericht nicht errichtet. Das Gericht hat in ganz bestimmten Fällen Recht zu sprechen. In jedem Prozesse muß doch eine Partei verlieren; soll die Unrecht kommende in jedem Fall frivol gefasst haben? Würde das etwa der Referent von allen seinen Klienten gelten lassen, deren von ihm geführte Prozesse verloren wurden? Mit diesem Standpunkt tritt der Ausschuss auf die Seite des Königs Stumm, der in seinem Kampf gegen die kostenlose Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsdamts auch von frivolen Rekursen spricht. Materiell wird die Sache gar keine Wirkung haben; die Eingehung wird mehr erfordern als die zu erhebenden Gebühren betragen. Aus ähnlichen Erwägungen hat man doch die unterste Einkommen-Steuerlücke erlassen. In Charlottenburg, wo der hier doch sehr geschätzte Herr Wundel an der Spitze der Stadtverordneten steht, hat man an Gebühren nicht gedacht. Der Ausschuss verfährt hier durchaus reaktionär, er erklärt: Klagen ist überhaupt ein Unrecht, deshalb muß man es so teuer wie möglich machen. Noch 1887 wird in dem entsprechenden Ausschuss-

berichte gesagt, daß das Nichtzugehörigsein der Kostenfreiheit der Institution einen großen Teil ihres Wertes rauben würde, und daß Vorkehr gegen frivoles Prozessieren schon in der Bestimmung geschaffen sei, daß die Parteien vor Gericht persönlich erscheinen müssen. Ich bitte Sie diese Grundzüge der Versammlung von 1887 festzuhalten und nicht 1892 nach der reaktionären Seite zu entscheiden.

Stadt. Sach II bittet aus rechtlichen und praktischen Bedenken, den Ausschussantrag abzulehnen.

In namentlicher Abstimmung wird mit 60 gegen 57 Stimmen der Antrag auf Wiederbestellung der Vorlage abgelehnt; auch der Antrag Sach II bleibt in der Minderheit.

Der Ausschussantrag wird angenommen, ebenso nach kurzer Beratung der Rest der Vorlage und das Statut im Ganzen.

Es beginnt darauf die Stadtratsung und werden zunächst die Spezialkassen der Bauverwaltung und der Park- und Gartenverwaltung angenommen. Zum ersten wird folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit den Arbeiten zur Herstellung des Gasens am Urban möglichst schnell vorzugehen.

Zum Etat der Kammerei-Verwaltung, Abteilung 1 und 2, Grundstücke, macht

Stadt. Sach II darauf aufmerksam, daß der Generalpächter eines größeren Stückes städtischen Terrains in der Ebinger Straße (an verlorenen Wege), der dieses Land als Kartoffelfeld an kleine Leute weiter verpachtet, neuerdings den Preis von 35 Pf. für die Quadratrute auf 50 Pf. erhöht habe. Die städtische Verwaltung sollte doch solche Ländereien künftig direkt den kleinen Leuten zugänglich machen, nicht aber solchen Generalpächtern, die die kleinen Leute derartig ausnützen. Die Pacht habe bis 1. Okt. 1891 1200 M. jährlich betragen, sei auch für die nächsten 5 Jahre nur um ein geringes erhöht worden, während die Weiterverpachtung dem Unternehmer früher 1650, bei 50 Pf. für die Rute aber 2350 M. einbringe, da das Terrain 4713 Ruten umfasse.

Stadt. Haefede tritt der Beschwerde bei.

Stadt. Wagner wird nähere Untersuchung eintreten lassen.

Der Etat der Kammereiverwaltung wird bewilligt, ein Antrag auf Verlegung des Heu- und Strohmartens vom Oranienplatz mit geringer Mehrheit angenommen, desgleichen die Etat für den Viehmarkt und die Fleischschau-Einrichtungen bzw. der Gebührentarif für die Fleischschau.

Die Vorlage, betreffend die Errichtung öffentlicher Se-
dürfnisanstalten, wird nach kurzer Erörterung nach dem neuen Vorschlage des Magistrats genehmigt.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Der Arbeitnehmer befindet sich betreffs der Kündigung stets in einer schlechteren Position als der Arbeitgeber. Dieser hat so viele Ausnahmeparagraphen zu seiner Verfügung, daß er die Kündigungsfrist ganz nach Belieben stellen kann, der Arbeitnehmer aber muß dieselbe so inne halten, wie es sein Lohnverhältnis bedingt. Nicht schlimm sind die Arbeiter daran, welche hin und wieder mit den Behörden etwas zu thun haben; sie müssen den Vorladungen Folge leisten, sonst gewärtigen sie die übliche Bestrafung, der Arbeitgeber aber kann nicht gezwungen werden, den Arbeiter beurlauben zu müssen, er kann vielmehr dessen Fortbleiben benützen, um die Kündigungsfrist nicht inne zu halten. Ein Beispiel: Ein Malergehilfe bekam bei einem Meister in der G. - Straße Arbeit. Der Gehilfe hatte Pech, für den nächsten Tag erhielt er schon eine Vorladung zu einer Vernehmung nach dem Polizeipräsidium. Die Zeitverdamnis war dem Meister nicht angenehm, aber er bewilligte doch den Urlaub. Zwei Tage später war der Gehilfe wieder zu einem Termin nach Moabit beordert. Wer die Verhältnisse da draußen kennt, weiß, daß eine solche Vorladung in den meisten Fällen einen verlorenen Arbeitstag bedeutet. Es ist durchaus nicht Seltenes, daß man da stundenlang auf dem Korridor zum Warten verdammt wird. So erging es dem Gehilfen auch, er kam so spät nach dem fernem Osten Berlins, daß ein Umziehen Fund nach der Werkstätte gehen nicht mehr gelohnt hätte. Am anderen Morgen gab's den üblichen „Kraach“, der Gehilfe hatte schon eine Stunde gearbeitet, als der Meister erschien und sofort kündigte mit dem Bemerkten, daß er Leute, die „zu Hause pflüchten“, nicht gebrauchen könne. Der Meister war also der Ansicht, der Gehilfe habe in seiner Wohnung für sich gearbeitet und es war nicht möglich, ihn vom Gegenteil zu überzeugen. „Machen Sie“, rief er, „daß Sie herankommen, sonst...“ — war sein Reizain. Der Gehilfe packte also seine Sachen zusammen und wurde arbeitslos, — alles eine Folge der Moabit-Vorladung.

Die bei Malermeistern beschäftigten Gehilfen haben überhaupt unter einer starken Lehnbrüdererei viel zu leiden. Während der paar Monate der „Saison“ geht es noch, aber während des Winters, im Frühjahr und im Herbst liegen ungeheuer viel beschäftigungslose Malergehilfen auf der Straße. Im Sommer ist es leicht, Beschäftigung zu erhalten, aber um billige Arbeitskräfte zu ergattern, werden sehr viele Leute eingekleidet, die das Handwerk überhaupt nicht gelernt haben. Dieser Praxis hulldigen auch Junungsgrößen, die ihre Anstreicher dort hernehmen, wo sie am billigsten zu haben sind, ohne sich im Geringsten um den Beschäftigungsnahe zu kümmern. Ein Malergehilfe schreibt uns, daß er vom April bis Oktober bei einem Meister in der M. - Straße gearbeitet habe. Da erfolgte Entlassung, weil die „Saison“ vorüber war. Ein Maler bekommt während des Winters natürlich keine Arbeit und so mußte sich der Gehilfe bis Anfang Februar so durchsehen. Mit dem „Sparen“ bei 21 Mark Wochenverdienst war's nicht weit her gewesen. Im Februar wurde der Gehilfe wieder bei demselben Meister eingestellt, vom früheren Lohn wurden die erste und zweite Woche 1,50 Mark abgezogen. Die dritte Woche wurde noch ein Abzug gemacht, dann gab's wieder die Kündigung, denn die „Arbeit war alle“ geworden. Der Meister hatte einen Kohntag „einbehalten“, den Betrag schickte er aber später auf Reklamation dem Gehilfen zu.

Heber die sogenannten „Wunder“, welche sich auf den Spezialitäten-Bühnen zu produzieren pflegen, werden in Anknüpfung an den „Fall Abbott“ sehr interessante Enthüllungen gemacht.

Gerade die anscheinend sanftmütigen und komplizirtesten Wunder der „Mechanik“ erweisen sich zumeist als nackter Humbug. Das war z. B. seiner Zeit mit dem bekannten, automatischen Schachspieler „Jeb“ der Fall. Dieser Schach-Automat, welcher in der Postgasse gezeigt wurde, setzte ganz Berlin in helles Staunen und erregte auch in der Welt der Schachspieler Aufsehen. Setzte er doch selbst vorzügliche Schachspieler matt und ging auch aus Simultanpartien wiederholt als Sieger hervor. Dieser „Jeb“, die Figur eines Türken, lauerte auf einem niedrigen Kasten. Natürlich vermutete man in diesem Behälter sofort den lebendigen spiritus rector. Da es aber gestattet wurde, mit der Hand in diesen Kasten hineinzugreifen und da man durch seitwärts angebrachte Glasscheiben auch hineinzublicken vermochte, so schen es mit dem Wunder-Apparat doch eine andere unerfindliche Bewandnis zu haben. Durch einen genialen Einfall brachte schließlich ein heller Berliner den Humbug an den Tag. Indem er sich ganz harmlos bückte, um in den Kasten hineinzugreifen, blieb er aus einem bereit gehaltenen Röhrchen eine gehörige Portion Schneberger in die Öffnung. Die erwartete Wirkung blieb auch nicht aus. „A — ayieh, a — ayieh“ — ertönte es aus dem Kasten. Durch krampfhaftes Niesen hatte unter schallender Heiterkeit des Publikums der lebende Inzasse seine Anwesenheit verraten. Es war ein Zwerg, welcher in dem Behälter eine hochende Stellung einnahm, seine Kermchen in die kastanumhüllten hohlen Arme

der Figur hineinsteckte und diese Arme in Bewegung setzte. Durch ein einziges im Viertel „Jeb's“ angebrachtes Loch konnte der Zwerg, welcher natürlich ein Meister im Schachspiel war, genau die vierundsechzig Felder überblicken. Auch dem wunderbaren Chinesen „King-Fu“, der alles wußte, alles erricht, ging es nicht besser. Vor und nach jeder Vorstellung öffnete sein Erfinder, Herr Rosenfeld die Figur und legte ein höchst komplizirtes Räderwerk bloß. Dieses Mechanik war jedoch nur ein Blendwerk. Im Innern steckte ein körperlich verkrümmter Knabe, der an jedem Tage in einem Keller der Dreidenkerstraße in größter Heimlichkeit eingepackt und im Apparat schon nach dem Schouplad der Schauffelung gebracht wurde. In einer anderen Stadt wurde später diese Unter-schiebung durch einen Zufall entdeckt. Irrten wir nicht, so hatte sich sogar Herr Rosenfeld dafür vor Gericht zu verantworten.

Eine ganze Serie für sich bilden die Verschwinden-Zauber-lustspiele. Sie wurden seiner Zeit eröffnet durch das lustige „Verschwinden einer Dame von einem Stuhl“. Es giebt einen sehr smarten Deutsch-Amerikaner, Mr. Herz, der alle zwei bis drei Jahre aus New-York über das große Wasser herüber kommt und jedesmal eine selbst ausgeheckte, geniale Erfindung mitbringt, die er hier zum Besten giebt. Großen Erfolg hatte er vor drei, vier Jahren namentlich mit einer jungen Lady, die er vor den Augen des Publikums von einem einfachen Tisch verschwinden ließ. Wir wollen zum Schluß hier nachträglich diesen Magier-Trick unseren Lesern verrathen.

Zuerst zeigte Mr. Herz einen einfachen Tisch ohne Schublade, deckte darüber ein Tuch, welches jedoch die Tischbeine nur halb verhälle, setzte auf den Tisch einen Stuhl und ließ auf diesem die Dame Platz nehmen. Dann breitete er eine Leinwandhülle um die Dame, zog gleich darauf die Hülle fort und — der Stuhl war leer, die Dame verschwunden. Allerdings hatte Mr. Herz kurz zuvor, vom Publikum unbemerkt, auf eine Feder in der Tischplatte gedrückt, welche einen schmalen Behälter unterhalb des Tisches herausgeschob. In dem Augenblick, wo die Leinwandhülle um die Dame gebreitet ist, klappt der Stuhl des Stuhles ein und öffnet sich eine dem Stuhlrahmen parallele Klappe in der Tischplatte, so daß die Dame, wie in eine Verfenkung in den Tischkasten hinabglitt. Im selben Augenblick schloßen sich Stuhl und Tisch wieder. Um einen solchen Trick mit Erfolg auszuführen, bedarf es allerdings außer dem Apparat noch zweierlei — eines sehr gewandten Bühnen-Magiers und einer schmächtigen, höchst geschmeidigen Gymnastikerin.

Drohende Hauseinstürze. Auf polizeiliche Anordnung geräumt wurden am gestrigen und vorgestrigen Tage, sowie in der vorigen Woche sämtliche Wohn-nungen der Hintergebäude der Grundstücke Stendalerstraße 9 und 10 in Moabit. Wir erfahren darüber: Schon seit etwa 1 1/2 Jahren wurden an den Hinterhäusern genannter Grundstücke (Quergebäude und Seitenflügel) ganz bedenkliche Senkungen wahrgenommen und dies gab vor einem Jahre etwa Veranlassung zu der polizeilichen Maßregel, daß die Häuser verankert und mit Zement betonirt wurden. Aber trotz dieser Schutzvorrichtung nahmen die Senkungen immer mehr zu, der Kalk bröckelte von den Wänden der Stuben, diese zeigten mitunter ganz bedenkliche Risse und fortwährend liefen bei der Polizei deshalb Beschwerden seitens der Miether ein. Ja es kam so weit, daß vor einigen Monaten das Zigarrenhändler W. S. S. Ehepaar, welches im Parterre des Hinterhauses Stendalerstr. Nr. 9 wohnt, eines Morgens die überraschende Entdeckung machte, daß ein Stück der Wand ihres Schlafzimmers im Laufe der Nacht verschwunden, nach dem Gartenterrain herausgefallen war. Die Senkungen haben in der letzten Zeit derartig und so bedenklich schnell zugenommen, daß die Miether der obenerwähnten Gebäude sich an die Baupolizei wandten, welche nun eine gänzliche Räumung der Hinterhäuser durch die Bewohner derselben, sowie eine umfassende Reparatur anordnete, die vor Allem darin bestehen soll, daß die Fundamente möglichst gesichert werden. Derartige „Senkungen“ sind übrigens, wenn auch in weniger starkem Maße bei Grundstücken der dicht an der Stendalerstraße gelegenen Stephan- und Säbelerstraße vorgekommen und haben bei ganz neuen Gebäuden fortgesetzte Reparaturen erfordert. Ueber die Veranlassung zu dieser seltsamen Erscheinung erfahren wir: Das Terrain zwischen Stendaler-, Säbeler- und Stephanstraße bis heranzur Perlebergerstraße bildete bis vor etwa vor zehn Jahren einen großen Morast, aus welchem sich das Wasser langsam verlaufen hatte und immerhin war das Terrain noch ziemlich sumpfig, als Anfang der 80 er Jahre eine Baugesellschaft zu ganz billigen Preisen das Terrain erwarb und auf demselben die obenerwähnten Straßen anlegte. Auch die Häuser sind von dieser Gesellschaft fertig gebaut und dann an Kaufleute veräußert worden, welche jetzt in der glücklichen Lage sind, erfolgreiche Negrepanprüche wegen Veranlassung der Reparaturen, Ausfall der Miethen u. f. w. an ihre Veräußerer, obenerwähnte Baugesellschaft, machen zu können. Man nimmt bezüglich der Ursache der Senkungen an, daß die eingerammten Grundpfähle, wenigstens ein Theil derselben, nicht genügend tief in dem morastigen Baugrunde eingerammt werden konnten und daß man diese Balken ohne einfach abgesehen habe. Jetzt sollen diese gewaltsam abgelenkten Pfähle nachgegeben und dadurch die Senkungen verursacht haben.

Was die Arbeitgeber Alles verlangen von den Leuten, welche sie für sich beschäftigen, ist kaum zu glauben. Wenn's so weiter geht, dann wird der Arbeiter noch die vollständige Werkstatteinrichtung liefern müssen, während der Unternehmer nur die Mittel zum Betrieb vorschickt und neun Zehntel des Verdienstes einstreicht, während der Arbeitnehmer für seine Arbeitskraft und seine Werkstatteinrichtung mit einem Zehntel abgesehrt wird. Das wäre denn das Ideal des kapitalistischen Staates. Maurer, Zimmerleute u. f. w. müssen schon jetzt für ihr Handwerkszeug selbst Sorge tragen und da die Arbeitgeber sehen, daß sie dadurch einer großen Sorge überhaben sind, wird sich dieses System schon noch weiter ausbilden. Ins Gebiet der Komit könnte das Ansuchen eines Arbeitgebers fallen, wenn's dem Manne nicht trauriger Ernst wäre. Derselbe verlangt nämlich in dem „Arbeitsmarkt“ eines hiesigen Inseratenblattes „einen Bau-burschen, der einen kleinen Handwagen hat.“ Das ist doch etwas starker Tabak! Wie soll denn ein Bau-bursche zu einem Handwagen kommen? Wenn der Arbeitgeber einen braucht, so soll er sich doch selbst einen solchen beschaffen, das ist doch nicht Sache des Bau-burschen.

Die Rubrik „Arbeitsmarkt“ der Inseratenblätter wird überhaupt von gewissen Arbeitgebern für ihre wenig schönen Zwecke häufig gemißbraucht. So ist uns bekannt, daß Inserate ständig ausgeschrieben sind, — da giebt's entsprechende Rabatt — und daß diese Inserate nur bezwecken, einen raschen Wechsel des Arbeiterpersonals herbeizuführen. In einigen Branchen der Handarbeit ist es nämlich üblich, daß die neu Einstehenden, die „Grümlinge“, für einen außerordentlich niedrigen Lohn arbeiten etwa 14 Tage lang, bis sie sich „eingearbeitet“ haben. Die Leistungen sind gar nicht so schlechte, als daß diese Bedingung für die Arbeitgeber notwendig wäre, und damit rechnen diese auch und tragen dafür Sorge, daß nur ganz wenige der Arbeiter dazu gelangen, sich „einarbeiten“ zu können. Sind nämlich die ersten vierzehn Tage vorüber, dann werden sie nämlich allfällig gelündigt, sie werden „hinausgeschmissen“ und müssen ihrer Wege gehen. Das regelmäßige wiederkehrende Inserat sorgt ja dafür, daß die Klingel des Arbeitsraumes nicht still steht und täglich frische Kräfte um Beschäftigung anknospen. Auf diese Weise erzielt der Arbeitgeber, daß ihm die Hälfte seiner Arbeiterinnen — auf Arbeiterinnen hat das Vorkommende in erster Linie Bezug — vierzehn Tage lang für ein Spottgeld arbeitet. Aber nach acht Tagen erfolgen dann die üblichen Kündigungen, die eine Hälfte der Leute fliegt hinaus und wird durch andere ersetzt, acht Tage später erlebt die andere Hälfte das gleiche Schicksal. Wenn man es heut zu Tage als Arbeitgeber zu etwas bringen will

Lumpenproletariat, der Abhub aller Gesellschaftsklassen, sich bildet, welches durch seine Verfassung gezwungen war, unter Umständen auch durch Verbrechen sein Dasein zu fristen. Schon im 13. Jahrhundert war dieses Vagantentum infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ein derartig umfangreiches, daß "Armen Gesetze" erlassen wurden, um demselben Einhalt zu gebieten. Diese Armen Gesetze verschlechterte sich von Jahrhundert zu Jahrhundert, indessen das Lumpenproletariat immer größere Dimensionen annahm. Von der Expropriation der Bauern, dem Raub des Kirchenguts in der Reformationsperiode, der Morgenröthe der kapitalistischen Produktionsweise, dem Zerfall der feudalen Ordnung auf dem platten Lande, des Kunstwesens in der Stadt, durch die Zeiten der "Religions", Eroberungs- und Handelskriege hindurch bis zur vielberufenen "Bauernbefreiung" eine immer rascherer Anhäufung von Elend und Verkommenheit. Ihr zur Seite gehe eine mit Blut geschriebene Armen Gesetze, die mit Galgen und Rad, Schwert und Peil operierte. Das Lumpenproletariat sei durchaus nicht zu verwechseln mit den Arbeitslosen, der industriellen Reserve-Armee; das Lumpenproletariat habe durchaus nichts zu thun mit dem klassenbewußten Proletariat. Es stehe auf ganz entgegengesetztem Boden wie dieses, auf durchaus reaktionärem Boden, wie schon Karl Marx treffend nachgewiesen. Das klassenbewußte Proletariat habe wohl begründete Ursache, mit dem Lumpenproletariat als Opfern der Gesellschaft Mitleid zu empfinden, aber keine Ursache, sich mit demselben zu identifizieren. Das klassenbewußte Proletariat kämpfe auch für das Lumpenproletariat, indem es seine Ursachen, die bürgerliche Gesellschaft, zu beseitigen strebe, habe aber keine Veranlassung, voll Sentimentalität die Verantwortung für die Thaten des Lumpenproletariats auf sich zu nehmen. Redner erinnerte daran, wie besonders in Frankreich das Lumpenproletariat von den Machthabern gegen das sozialistische Proletariat mit Erfolg ausgespielt worden sei, insbesondere von Napoleon III., welcher dasselbe organisierte. Das Lumpenproletariat habe kein Klassenbewußtsein, das klassenbewußte Proletariat begreife wohl jenes und seine Thaten, wolle dasselbe beseitigen durch Beseitigung des Privateigentums, weise aber jede Gemeinschaft mit demselben zurück. Der folgende Vortrag wurde von der sehr gut besuchten Versammlung mit rauschendem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zur Unternehmung eines Streikfalles und demnachstiger Berichterstattung wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt und die Versammlung sodann mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine gut besuchte Volksversammlung für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 9. März im Alten Schützenhause. In derselben hielt Reichstags-Abgeordneter Dr. Kunert einen Vortrag über: "Die nationale und internationale Bedeutung des 1. Mai." Er führte aus, der 1. Mai habe nicht nur Bedeutung als Tag der Demonstration der Arbeiter für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden; mit der Forderung der gesetzlichen Festlegung einer achtstündigen Arbeitszeit sei zugleich die nach einer gründlichen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung überhaupt verbunden. Hierfür trete die Arbeiterschaft der ganzen Welt am 1. Mai mit ein. Nachdem der Redner die Nothwendigkeit und Möglichkeit des achtstündigen Arbeitstages eingehend erörtert hatte, ging er zu einer Besprechung der zur Zeit bestehenden Arbeiterschutzes-Gesetze der verschiedenen Länder über, wobei er Deutschland erst den vierten Platz, nach England, der Schweiz und Oesterreich einräumten konnte. Der interessante Vortrag fand großen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich auch einige "Anabhängige", welche unter anderem die vom "Vorwärts" gebrachte Kritik der Berliner Straßentraveller tabelten. Sie wurden von den Genossen Schumacher Klein, Fr. Baader und Kunert widerlegt. Es gelangte dann folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung erklärt mit aller Energie gemäß dem Brüsseler Beschluß für den Achtstundentag, sowie für den nationalen und internationalen Arbeiterschutzes einzutreten; sie erklärt sich am Massiertag zu betheiligen, in dem Bewußtsein der Solidarität des Proletariats der ganzen Erde.

Mit dem Arrangement der Festlichkeiten wurden die Genossen Schmidt, Griebentrod, Heryt, Weber, Klokowsky, Jerke und Friz Berndt beauftragt.

Verein für die Reform der Schule und Erziehung. Freitag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von "Sanssouci", Kottbuserstr. 4a, öffentliche Versammlung für Damen und Herren.

Verein Berliner Schwirkel-Mädchen. Mitglieder-Versammlung jeden 2. und 4. Freitag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Ehrenberg, Kamenstr. 14.

Ses- und Diabulichinde. Freitag, Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ende, Rosenbocherstr. 10. - Wessen, bei H. Kling, Wälderstr. 22.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgegend. Freitag, Wohnungs-Runde Abends 8 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 29, bei Rudolphy. - Nord, Brannen-

str. 28, bei Snaht. - Hornmaris, S.O. Kahlertstr. 21, bei Koll. - Kummel'scher Gesangverein, Landsbergerstr. 21, bei Mischel. - Buchbinder-Wännerer Berlin, Alte Jakobstr. 75, bei Feuerstein. - Walgisch, Kochstr. 22a, bei Witzke. - Gemäßigtheit (Wupper), Schönebergstr. 20. - Jugendfreunde, Gartenstr. 102, bei Weikner. - Isis, Köpenickerstr. 170, bei Müller. - Collegia, Weidenbergerstr. 16, bei Papold. - Johanna, Wälderbocherstr. 46, Gessell-schaftshaus Chend. - Palma, in Witten, bei Schröder. - Blauz Schlette, in Fonten, Wälderstr. 24, bei Stöhr. - Horowitz, (Gem. Chor), Wälderstr. 24, bei Stöhr. - Sänger-Freibund, Rammstr. 45, bei Hübner. - Freiheit, Grün, Kottbuserstr. 102, bei Schulz. - Morgenröth 4, Köpenick bei Wiedemann in Wälderstr. - Wahrheit, bei der Möhl-Kapellstr. 7b, bei Franke. - Bräderschaft (Gaudier), Fischerstr. 41. - Karlsruher Gesangverein, Wälderbocherstr. 21, bei Heide.

Hand der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Freitag, Verein Grane Tanne, bei Tepper, Marktstr. 2. - Vereinigungsbund Kippenweissen, bei Wenzel, Gr. Frankfurterstr. 99. - Landwehrverein Borussia bei Feldbahn, Weidenweg 12 (Liedungshunde).

Gesang-, Turn- und gefällige Vereine. Freitag, Männer-Gesangverein Union, Abends 8 Uhr, Berliner Kochstr. 21. - Quartierverein Wedding, Abends 8 Uhr, Köpenick, Gerichtstr. 22. - Männerchor Waldekranken, Abends 8 Uhr, bei Witzke, Marktstr. 67. - Gesangverein Esperance, Abends 8 Uhr, Köpenickerstr. 11-12, im Neuhaus. - Vereinigungsbund Kippenweissen, Abends 8 Uhr, bei Wenzel, Frankfurterstr. 99. - Gefälliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Wälderstr. 22.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung und bittet um Angewandtheit allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

In Nummer 54 Ihrer geschätzten Zeitung befindet sich ein Bericht unter Vorzeichen des Vereins von nur Kurbelstepperinnen, über ein stattgefundenes Vergnügen. Ich erkläre hiermit, daß besagter Verein mit dem Verein der Kurbelstepperinnen, Stepper und verwandten Berufsgenossen nicht identisch ist, auch nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und letzterem Verein durch sein Verhalten direkt entgegenarbeitet. Ebenso erkläre Frau Baumann, Vorsitzende des gedachten Vereins, in einer ihrer Gründungsversammlungen, von der Sozialdemokratie nichts wissen und die Agitation derselben von ihrem Verein fern halten zu wollen.

Paul Böhm, Gabenerstr. 61, I., Vorsitzender des Vereins der Kurbelstepperinnen, Stepper und verw. Berufsg. B. u. U.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 10. März. Der Präsident Carnot unterzeichnete heute ein Dekret, durch welches die antichristlich des letzten Streiks verurtheilten Droschkentreiber begnadigt werden.

London, 10. März. Infolge des drohenden Streiks der Kohlenarbeiter haben die Besitzer der Cleveland Hüften angefangen, die Hochöfen auszulassen. Man erwartet, daß bis Sonnabend von 88 Oefen 70 außer Betrieb gesetzt sein werden.

London, 10. März. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die schottischen Bergleute, mit Ausnahme derjenigen von Sterlingshire, haben beschlossen, von einer allgemeinen Einstellung des Betriebes abzusehen, statt dessen aber die Arbeit auf 6 Tage in der Woche zu beschränken.

Caliz, 10. März. Der Prozeß gegen die Teilnehmer an den anarchistischen Kundgebungen vom 1. Mai 1891 ist gestern zu Ende geführt worden. Alle Angeklagten wurden freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt; in dem Augenblick, wo sie das Gerichtsgebäude verließen, veranstalteten ihre Genossen eine Kundgebung gegen die Gendarmerie. Letztere machte von den Waffen Gebrauch; einige Anarchisten wurden verwundet, mehrere verhaftet.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Gelsenkirchen, 10. März. Der Verband's-Vorsitzende Schröder ermahnte die Bergleute, zum Nachtheile der streikenden englischen Kameraden keine Uebergriffe zu machen.

Brüssel, 10. März. Die meisten der Fischen Hennegaus ländigen Förderungsbeschränkungen und zehnprozentige Lohnreduktion an.

Christiania, 10. März. Reichsadvokat Geh veröffentlicht in "Morgenbladet" eine logisch und historisch begründete Darstellung des § 3 der Reichsakte und des Wirkungsbereiches des zusammengesetzten Staatsrathes, welche mit der Auffassung der norwegischen Regierung und des Storting's übereinstimmt.

Paris, 10. März. Die Bergarbeiter von Carmaux haben fünf Schiedsrichter betreffs Vermittelung ihrer Ansprüche gewählt.

Venedig, 10. März. Hier fanden in den letzten Tagen mehrere Ansammlungen Arbeitsloser statt.

London, 10. März. Die kleinen Kohlenhändler im südlichen Theile Londons haben heute den Kohlenpreis um 2 d. den Zentner erhöht. Da die Kohlenvorräthe verschiedener Gasanstalten schnell zur Neige gehen, so sieht man einer abermaligen Preissteigerung entgegen.

London, 10. März. In der heutigen Versammlung des Ausschusses der Bergarbeiter von Durham wurden die Resultate der Abstimmung der Arbeiter über den Streik mitgeteilt. Es stellte sich heraus, daß sich die überwiegende Majorität für den Streik ausgesprochen hat. Die genauen Zahlenangaben fehlen noch. Die Versammlung wurde auf heute Abend vertagt. Augenblicklich finden noch Verhandlungen zwischen den Besondereisern und den Arbeitern statt, um roomöglich die Arbeitseinstellung zu vermeiden.

London, 10. März. Die vertagte Versammlung des englischen Kohlenarbeiter-Bundes, zu welcher aus allen Distrikten Englands Delegirte eingeladen wurden, wird am 16. März, Nachmittags, im Westminster-Palace-Hotel zu London stattfinden.

Glasgow, 10. März. Bei der heute hier stattgehabten Versammlung der schottischen Bergarbeiter-Delegirten wurde beschlossen, fünf Tage in der Woche die Arbeit fortzusetzen.

Charkow, 10. März. Der Flecktyphus hat hier eine so erschreckliche Ausdehnung angenommen, daß zur erfolgreichen Bekämpfung der Epidemie die ganze Stadt in Quartiere eingetheilt worden ist, an deren Spitze ärztliche Kollegien stehen. Zahlreiche Sterbefälle sind bereits erfolgt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die Konfektionsfirma Vär Sohn erklärt uns in einer Zuschrift, daß die Behauptung des Herrn Taterow, es sei zwischen der Firma und den Schneidern vor einem Jahre ein Konflikt ausgebrochen, unwahr sei; ferner weist die Firma die weitere Behauptung scharf zurück, daß gegen sie "Belastendes" gesagt werden könne. Soweit die jetzige Gesellschaftsordnung es irgendwie zulasse, trete sie für ihre Arbeiter ein; sie zahle höhere Löhne als Geschäfte gleicher Art.

K. u. E. Sie fragen, wie viel Stimmen Bebel und Liebknecht bei der Wahl zum konstituierenden Reichstag und dann bei der Wahl zum ersten Norddeutschen Reichstag erhalten haben. Die Stimmenzahl des ersten Wahlgangs ist für die Wahl zum konstituierenden Reichstag in Philipp's nicht angegeben. Bei der engeren Wahl erhielt Bebel 7993 Stimmen gegen 5281. Liebknecht, der bis Mitte Januar im Gefängnis war, blieb bei dem ersten Wahlgang mit einigen Stimmen hinter dem einen seiner zwei Gegenkandidaten, der durch P's Eintreten dann gewählt ward.

Bei der folgenden Wahl legte Bebel im ersten Wahlgang mit 7993 gegen 5256 Stimmen; Liebknecht in der engeren Wahl mit 4296 gegen 2817 Stimmen. Bebel's Wahlkreis war der 17. sächsische (Glauchau-Reerane), Liebknecht's der 19. sächsische (Stollberg-Schneeberg). Die Wahl zum konstituierenden Reichstag fand am 12. Februar, die zum ersten Norddeutschen Reichstag am 31. August 1867 statt.

E. L. Robert Blum von Wils. Liebknecht, Verlag von Wörlin u. Ko., Nürnberg; Sie können die Schrift durch die Buchhandlung des "Vorwärts" beziehen.

Genosse Gohler. Auf Empfehlungen einzelner Personen können wir uns nicht einlassen.

P. C. G. Auch Ihnen können wir leider keinen Rath geben.

N., Schwedterstr. 27. Es ist Niemand von den Leuten Kommerzienrath.

Richtstr. 7. Sie müssen sich bestimmter ausdrücken. So im Allgemeinen ist Ihre Frage überhaupt nicht zu beantworten.

Kunsel jr. Kann nur als Inserat aufgenommen werden.

F. J. 31. Diese Zeitung ist uns nicht bekannt. Schicken Sie uns eine Nummer zu, damit wir das Blatt beurtheilen können. Das Blatt unserer Partei ist "Le Socialiste", Paris Avenue d'Orleans 26.

Briefkasten der Expedition.

H. L. Arndtstr. Ihr Inserat kostet jedes Mal 60 Pf., wenn dasselbe für den genannten Zeitraum ausgegeben wird. Im Uebrigen wollen Sie künftige Briefe frankiren, damit wir nicht wieder Strafpunkte bezahlen müssen.

Allgem. deutscher Sattlerverein.
Sonnabend, den 12. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Millarg über Ernährung und Einkommen. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verein für die Reform der Schule und Erziehung.
Grosse Volksversammlung
Freitag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von "Sanssouci", Kottbuserstr. 4a.
Vortrag von Dr. Bruno Wille:
Der Atheismus und das Volksschul-Gesetz.
Diskussion. Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten.
1898b

Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a.
Sonnabend, den 12. März 1892:
Grosser Wiener Maskenball,
veranstaltet vom 232/18

Verband der Möbelpolirer Berlins und Umgegend.
Am 12 Uhr Demaskirung, großer komischer Auszug und Ueberraschungen, Verlosungen. Anfang 8 Uhr. Billets à 50 Pf., sind in den Zahlstellen: Blumenstr. 38 bei Henke; Oranienstr. 107 bei Mohr; Zehndorferstr. 2 bei Gde, sowie bei den bekannten Vorstandsmitgliedern zu haben. Der Vorstand.

Verein der Wäschebranche.
Am Sonnabend, den 12. März cr., in Hiesl's Gallälen, Weidenstr. 17:
Stiftungs-Fest,
unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins Gleichheit (Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes) und verschiedener Spezialitäten.
Anfang 9 Uhr. **Herrenbillet 50 Pf., Damenbillet 30 Pf.**
Arbeitslose Kollegen haben freien Eintritt.
Der Vorstand.
349/10

Die nächste Versammlung ist am Mittwoch, den 16. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Vasser, Neue Königstr. 7. Vortrag des Herrn Henning über die Entstehung der Erde unter Vorführung verschiedener Tafeln.
D. O.

Hüte
mit Kontrollmarken aus der Genossenschafts-Dufstr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M.
Cylinder eigener Fabrikation zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt
Paul Drenke Nachf., str. 172.

Teppiche
in allen Arten und Größen
kleiner Musterlocher wegen offeriren sehr billig.
Portièren, Gardinen, Steppdecken
in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen 477M Preisen.
Reste
von Plüsch, Fantasiestoffen, Damasten und Rippon, passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.
J. Adler Söhne,
Teppichfabrik,
Spandauer-Strasse 30,
gegenüber dem Rathhause.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen)
mit geringsten neuen Federn bei **Gustav Lustig**, Berlin, Prinzenstr. 43. Preisliste gratis und franko. **Violo Anerkennungs-schreiben.** 2053L
Schw. Kammgarn-Gehrod und Weste für mittelgr. nicht zu starke Person, fast neu, Adlerstr. 11, 4 Tr. 1818b

KRONENGARN.
Mehl, Vorkost, Holz u. Kohlen-geschäft mit Rolle zu verl. wegen Aufgabe des Geschäfts. Jung, Poppstr. 1.
Staare 2 M., Leichen 1,50 M., Kottbuserhähne 3 M., Weibchen 1,50 M. Deckbauer 2,50 M. reelle Männchen. 20712 Schnelle, Staltherstr. 132.

W. Gründel's Gasthaus, S., Dresdenerstr. 116.
Arbeitsnachweis und Verkehr der Maler, Buchbinder, Drechsler, Sattler, Gärtner und Schuhmacher. 1888L
2 Billards, Vereinszimmer und Saal.

Damen-Mästen-Garderobe
von M. Roussel,
Schallerstr. 43, pt.
Vereinen Berlin und Umgegend empf. sich S. Ciang. Volkshumorist, Berlin SO., Mariannenstr. 10, Hofpart. 2. Eing. rechts. 1972L

Achtung! Achtung!
Filzschuh-Arbeiter und -Arbeiterinnen!
Am Sonnabend, den 12. März, bei Hühner, Schönhauser Allee 29: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.** Anfang 8 Uhr.
Der Beauftragte.
KRONENGARN.

Für Cigarrenmacher.
Altes gangbares Cigarrengeschäft sofort zu verkaufen Lintenstr. 88. 63/8

Achtung!
Empfehle mein Weiss- u. Baltrisch-bier-Lokal nebst Vereinszimmer allen Freunden u. Parteigenossen. Achtung's voll Heinrich Müller, genannt der Teltower, Gartenstr. 52. 1815b

Allen Freunden und Genossen zur gest. Nachricht, daß ich in **Kirdorf, Hermannstr. 149**, ein Cigarren-Geschäft eröffnet habe.
H. Wärdig.
1817b

Alte Stiefeln für Herren u. Damen vert. Gen. Lohmann, Lintenstr. 6. 1819b

Unserm Genossen und Schankwirth **Carl Duschinsky** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch! 1816b
Die alten Frauen:
K. K. G. H. G. P.
Carl, nu aber feste zapfen.

Unserm Kollegen und Genossen **L. Pfeiffer** gratuliren zu seinem heutigen Geburtstag [1820b] **Mehrere Freunde.**

Vereinszimmer an Genossen z. verg. b. W. Wieland, Rammstr. 9. 1664b

2 Hohlblänke mit kompl. Werkzeug, 100 Schraubzwingen, Schraubstöcke u. sowie e. Partie nußbaum u. mahog. -Dübeln wegen Todesfalls sof. zu verl. Zietenstr. 19. 1822b

80., Lübbenerstr. 20 febl. Wohnung, Stube, Kch., Bad., Kof., all. Korr., 1. v.

Arbeitsmarkt.
Lautbursche für leichte Arbeit verl. Kröbel, Sebaftianstr. 79. 493M

Lokal-Liste für Berlin.

Folgende Lokale sind nicht zu haben:

I. Wahlkreis.

Kroll's Etablissement, Sommerstraße.
Zelt No. 1.
Gräsel, Neue Friedrichstr. 85.
Brandenburger Haus, Mohrenstr. 47.
Gustav Richter, Burgstraße 12. (Hotel König von Portugal.)
Restaurant „Alt Berlin“, Stralauerstr. 45.
Gesellschaftshaus, Niederwallstr. 20.
Altstädter Hof, Kaiser Wilhelmstr., Ecke Neuer Markt.

II. Wahlkreis.

Friedrichstädtisches Casino, Märtenstr. 296.
Heinrich's Festsäle, Blücherstr. 61.
Schradler, Steglitzerstr. 18.
Anhaltische Ressource, W. Säger, Mäckerstraße 114.
Rothacker, Wellenallee 5.
Philharmonie, Bernburgerstr.
Restaurant „Zur Lehmkuhle“, am Kreuzberg (verlängerte Kahbachstraße).

III. Wahlkreis.

Keller, Köpnickestr. 96/97.
Suggenhagen, am Moritzplatz.

IV. Wahlkreis.

Heiße, Stallgerstr. 54.
Fiedig, Gr. Frankfurterstr. 27/28.
Steffen, Landsberger Allee 150.
Wenzel, Gr. Frankfurterstr. 99 (früher Krüger).
Alhambra, Wallner-Theaterstr. 15.
Fech's Säle, Alexanderstr. 270.
Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.
Königstädtisches Kasino, Gr. Frankfurterstr. 76.
Martini, Gr. Frankfurterstr. 47.

V. Wahlkreis.

Schweizergarten.
Brähning, Grand-Hotel.
Siemund, Linienstr. 9.
Neumann, Linienstr. 19.
Ahrens, Weinmeisterstr. 9.
Sindner, Rosenballestr. 12.
Heinrich, Wallfalon, Joachimstr.
Lohalle, Friedrichstr. 112.
Fiedig, Kleine Auguststr. 14.
Philipp, Rosenballestr. 38.
Diesener, Landsbergerstr. 40.

VI. Wahlkreis.

Huhlmann, Schönhauser Allee.
Kalbo, Berliner Prater, Schönhauser Allee.
Vorstädtisches Kasino, Adlerstr. 144.
Artushof, Perlebergerstr. 28.
Wilhelmshof, Alt-Moabit.
Schwarz, Hohenzollern-Saal, Wandelstr. 35.
Schulz, Steinitzstr. 57.
W. Schirm, Badstr. 19.
Gottschalk, Badstr. 23.
Germania-Festsäle (Inhaber Stein), Chausseestraße.
Marienbad, Gesundbrunnen.
Moabit-Kasino, Wilmersdorferstr. 63.
Cothmann, Brunnenstr. 34.
Victoria-Wallfalon, Brunnenstr. 145.
Fräulich, Schönhauser Allee 161.

Wir bitten die Genossen, auf diese Liste besonders zu achten. Ihre Säle unentgeltlich herzugeben, haben ferner folgende Wirthe mit Namensunterschrift bescheinigt:

H. Krieger, Wasserthorstr. 68.
Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.
Deutscher Hof, Ludwigerstr.

Die hier veröffentlichten Veränderungen werden von Seiten der Mitglieder der Lokalkommission auf die in den Lokalen ausgehängten Listen nachgetragen werden.

Event. Streitigkeiten mit Wirthen sind den Mitgliedern der Lokalkommission mitzutheilen, alle anderen Veröffentlichungen erfordern wir unbedingt zu unterlassen, da die Kommission erst alle Streitfragen prüfen muß, um die Verantwortung übernehmen zu können.

Die Lokalkommission.

J. A.: Julius Wernau, Rosenstr. 30.

Lokalliste für die Umgegend Berlins.

Am den Parteigenossen der Umgegend Berlins eine leichtere und bessere Agitation für unsere Partei-Interessen zu ermöglichen, halten wir es für angebracht, den Berliner Parteigenossen bei Ausschüssen, Partien u. folgende Lokalitäten zu empfehlen und zu erfordern, daß diese Inhaber unbedingt berücksichtigt werden, damit durch den Druck der Verhältnisse alle noch harntüchtig sich weigernden Wirthe in Zukunft ihre Lokale den Arbeitern zu Versammlungen öffnen.

Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Adlershof: Wiedemann und Manofsky, Albrecht.
Keller. Zu empfehlen: Missera (Restaurant), Kuhle (Restaurant).
Orin: Gebr. Walter's Rosen-Secterrasse, Chausseestraße 69/70. Rudolph's Restaurant (W. Müller), Chausseestraße 99. Chymer's Restaurant (Zum alten Gasthof), Chausseestr. 18. Adam's Restaurant (Buschkrug). Galdner's Restaurant, Rudower Chaussee 68.
Charlottenburg: Bismarckhöhe, Wilmersdorferstraße, Ecke Bismarckstraße. Gambinns-Brauerei, Wallstraße. Bären-Brauerei, Eprestr. 3. Brauerei Spandauer Berg, Rothe, Kantstr. 114.
Friedenau: Spremberg (Kurbau).
Grünau: Rob. Schmidt, Köpnickestr. 108 (Grünauer Volksgarten). „Rothhäde“ (G. Hecker), Friedrichstr. 1.
Johannisthal-Nieder-Schönweide: A. Senfleben (Borussia-Brauerei). „Vorwärts“ und „Volksblatt“ liegen aus bei folgenden Wirthen: Siebenbaum, Strecker, Thiele, Hünje.

Köpenick: Kein Saal Klein, Gerisch, Rautsch sind fernerhin nicht als gesperrt zu betrachten. Wir verweisen die Genossen auf den letzten Lokalbericht im „Volksblatt“, sowie auf die Lokale in Adlershof und den anderen Nachbardsorten.
Mariendorf: Zu empfehlen: Hilgert, Nockel, Stolzenburg, Schramm, Graf.

Groß-Lichterfelde: Brunow's Restaurant, Nachfolger F. Reinhold. Ferner zu empfehlen: A. Hamm, Restaur. A. Abraham, Restaur. Otto Böllner, Zigarrengeschäft, Zantwigerstraße.
Nowawes: Kein Lokal. Zu empfehlen: H. Bathe, Friedrichstr. 1. Reinickel, Wallstraße. Gärtner, Wallstraße.

Nieder-Schönweide: Borussia-Brauerei. Zu empfehlen: Siebenbaum, Restaurant.

Nitzdorf: Bergschloß-Brauerei, Hasenheide. Vereinsbrauerei, Jägerstraße. Maus's Variété-Theater, Hermannstraße 18. Kummer's Salon, Berlinerstr. 196. Hoffmann's Festsäle, Bergstr. 133. Riefigel's Salon, Bergstraße 129. Baria, Deutsches Wirthshaus, Bergstraße 120. Stolzenburg's Kaiser Wilhelmbad, Canner Chaussee. Wierling's Salon, Kneisebeckstr. 77. Würschmidt's Salon, Kneisebeckstr. 16.

Rudow: Kein Lokal.
Schmiedewitz: Restaurant „Segler-Schlößchen“. Restaurant „Zur Polne“ (Kurza).

Schmargendorf: Wirthshaus Schmargendorf, Paul Käbler, Barnimänderstr. 6.
Steglich: Restaurant „Zur Börse“, Schloßstr. 66a.
Schöneberg: Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 64-65. Tempelhof: Kein Lokal.

Treptow: Jorow's Restaurant Wendler's Restaurant. Restaurant zum Karpenteich. Sade's Volksgarten. S. Kämpel, Alter Treptower Weg.

Wannsee: Wirthshaus Wannsee (Seelighof), Schröder.
Wilmersdorf: Die Lokalkommission macht die Genossen von Berlin und Umgegend, welche Wilmersdorf besuchen, darauf aufmerksam, daß folgende Wirthe ihre Säle unentgeltlich zu Versammlungen hergeben. Müller's Volksgarten, Berlinerstr. 40. Schulze's Restaurant, Berliner- und Augustastrassen-Ecke. Viktoria-Garten, Wilhelmstraße, Pietsch's Volksgarten. „Volksblatt“ und „Vorwärts“ liegen bei genannten Wirthen aus; ferner liegt das „Volksblatt“ und „Vorwärts“ bei Gräß, Brandenburgischestr. 108, aus.

Zehlendorf: Kein Saal vorhanden. Zu empfehlen: Warnke, Teltowstr. 23. Räfte, Hauptstraße. Haupt, Potsdamerstraße.

Kreis Nieder-Barnim.

Berlin: Richter, Elysiun, Junker, Schützenhaus. Zu empfehlen: Feder, Berlinerstraße, „Zum Kronprinzen“. Kluge, Kronenstraße. Lonn, Berlinerstraße. Jernikow, Tuchmacherstraße. Wagner, Königstraße 146. G. Veeger, Königstraße, am Markt. A. Garg, Wallstr. 2. Sudow, Weinbergstr. 16. Fering, Mühlenstr. 4.

Friedrichshagen: Spitzig's Ballfalon, Frankf. Allee 198. Müller's Kronprinzen-Garten, Chaussee Nr. 3. Westphahl's Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee. Sufoll's Salon, Frankf. Allee 176.

Friedrichshagen: Kein Saal. Zu empfehlen: Romber, Wilhelmstraße. Kamerun, Frankfurter Chaussee. Müller, Berlinerstraße, Ecke Schloßstraße.

Friedrichshagen: Waldhaus (G. Schmidt), Gesellschaftshaus (F. Klein). Restaurant A. Blante, Gieseler (H. Richter). Restaurant G. Conrad. Brauerei-Ruschant (F. Wolf). Bad Bellevue (F. Wulff). Seelischlößchen (G. Schulze). Fischerhütte (Kemperling). Restaurant G. Wöhler. Restaurant Sandelow. Rügelschlößchen (Zibolsky). Restaurant „Waldater“ (Kautsch). Kaiserhof (W. Schmidt). Wilhelmshof (Schulz) und Zimmermann. Frig Verche, Am Rindheil. Vertha Schulze. G. Böttcher. A. Köstel. G. Pehnick. G. Wandrup. G. Magdeburg. W. Berenschied. W. Kurvis. A. Katow. Dami. S. Jones (Ravenstein). Bademel.

Lichtenberg: Schwarz' Konzert-Garten. Kirchbach, Prinzen-Allee 9.

Liebertal: Gastwirth Thiele.

Hohen-Schönhausen: Rich. Schiele's Restaurant. Jaenicke, Restaurant. Zu empfehlen: Kupf, Großmann, Sommer.

Hohen-Neuendorf (an der Nordbahn): Schmohl's Restaurant.

Malchow: Lindeke.

Nieder-Schönhausen: „Elysiun“ (Grosjean), Lindenstraße 25. Noch zu empfehlen: Hempel, Restaurant, Buchholzerstraße 8.

Oraunenburg: Restaurant „Waldhaus“.

Pankow: W. Vorhardt, Schulzestr. 27, an der Nordbahn. Rilke, Kaiser Friedrichstr. 70/71. Probrod, Kreuzstraße 7. Blauermeil, Wäldenstraße (Ecke Florastraße). Frau Schröder, Wollanstr. 122.

Stralau. Zu Versammlungen sind folgende Lokale zu haben: Groß. Reichshaus Brauerei. Wilh. Gafner jun., Restaurant. Alte Taverne.

Tammelsdorf: Vorhmann, Hauptstraße. Wigel's Ballfalon, Türschmidtstraße. Walter, Hauptstr. 15. Müller, Neue Prinz Albertstraße. Rummel, (Weg nach der Köpnicke Haide).

Tünderdorf (Kallberge): Gasthof „Zur Berghalle“.

Reinickendorf: Böttcher's Seelischlößchen, Blachstr. 1/2. Pädike, Amendestraße 1. H. Budewitz, Hausotterstraße 4. Neubauer, Hausotterstr. 81. Benke, Nordbahnstraße 1. Karus, Residenzstraße 101a. Gebeiler, Provinzstr. 45. Leichter's Zentral-Schützenhaus, Scharnweberstr. 4. Markt Restaurant zum Feu erwörter, Scharnweberstraße. G. Berde's Waldschlößchen, Wald- und Eichhornstraßen-Ecke. Maurer, Hoppstr. 25. Fr. Budewitz, Residenz- und Amendestr.-Ecke.

Schönholz: Schloß Schönholz.
Schöneiche: C. Pedal.

Tasdorf (15 Minuten vom Bahnhof Tünderdorf): Gasthof „Zum deutschen Hause“.

Tegel: Schulz's Restaurant (früher Lindenberg), Schloßstraße 7-8.

Weichensee: Weichert, Gustav-Adolfstr. 142. Hähling, Langhamstr. 106. Erhardt, Langhamstr. 126. Duse-Dann, Charlottenburgerstraße 150. Gleds, Charlottenburger- und Hölkestraßen-Ecke. Sengbeil, Königs-Chaussee 49. Dewein's Gesellschaftshaus, Königs-Chaussee. Steiner's Brauerei.

Wilhelmsberg: Restaurant „Wilhelmsberg“ (Trinkaus) Schölzels Seelischlößchen (früher „Zum Fürsten Wolfgang“) an der Landberger Chaussee. Voigt. Ferner zu empfehlen: Franz, Restaurant. Wolf, Restaurant.

Alt-Landsberg: Neubauer.

Kreis Ober-Barnim.

Biesenthal: Restaurant Wernig.
Eberwalde: Restaurant „Zur Wäble“.
Friedenau: Gasthof „Zum goldenen Aker“.
Strausberg: Restaurant Fr. Krüger.

Kreis Potsdam-Othavelland.

Potsdam: Brandenburger Kommunikation 16.
Velten: W. Brunow, Wilhelmstr. 19. G. Schröder, Breitestr. 7. Ferner liegt der „Vorwärts“ und das „Volksblatt“ aus bei Meyer, H. Zemlin, J. Müller, S. Kettner, L. Schulz, L. Arendt, G. Wendland, A. Stämer, W. Kersten.

Marx bei Velten: W. Noelle (Soalnhaber).
Spandau: Spandauer Woc. Der „Vorwärts“ liegt aus bei Hoppe, Schönwalderstr. 48. Radle, Reumerstr. 5.

Rauen: Der „Vorwärts“ liegt aus bei Ernst Demuth.

Die Lokalkommissionen der Umgegend von Berlin werden erfucht, bei etwaigen Neuerungen resp. Veränderungen dieser Liste dieses sofort den Unterzeichneten mitzutheilen.

J. A.: Die Lokalkommission.

J. Wernau, Rosenstr. 30. B. Hof, Friedrichsbergerstr. 11.
D. Jabel, Frankfurter Allee 90.

Soziale Uebersicht.

Metallarbeiter Verleis!

Als vor Jahresfrist die koalirten Unternehmer unseres Gewerkes ihr sauberes Komplott veranfaßten, der Öffentlichkeit preisgegeben haben, wußten sie zu ihrer Vertheidigung nur zu sagen, daß ihre Vereinigung nur den Zweck habe, „einseitige Lohnregulirungen“ zu verhindern. Sie stellten sich also auf den Standpunkt, daß Lohnregulirungen nur unter Zustimmung beider Theile vor sich gehen dürfen. Wie die Herren diese ihre Theorie in der Praxis ausführen, läßt Ihr jetzt am eigenen Leibe verspüren. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht aus den Reihen der Metallarbeiter Klagen über Lohnreduktionen an uns gelangen. Rücksichtslos nützt das Unternehmertum die wirtschaftliche Mißere aus, schmälert das ohnehin lange Einkommen der Arbeiter noch mehr. Wie stark der Druck nach unten ist, erhebt am besten aus der Thatsache, daß Arbeiter, welche durch Jahre hindurch alle Placereien und Zwacereien geduldig ertragen haben, die stumpf und ohne das Verlangen nach Fühlung mit ihren Gewerkegenossen dahinsiechten, sich anbdampfen über die maßlos „einseitigen Lohnregulirungen“ der Unternehmer. Nachdem erst vor einigen Wochen eine partielle Arbeitseinstellung in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erfolgt ist, haben am vergangenen Sonnabend wiederum die Schlosser, Schmiede und Hilfsarbeiter der Kammerich'schen Fabrik die Arbeit niedergelegt. In beiden Fällen handelte es sich um die Abwehr rücksichtsloser Lohnreduktionen. Die näheren Umstände, welche die Arbeitseinstellung in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft herbeigeführt haben, sind bereits bekannt, und über die Verhältnisse, welche in der Fabrik von Kammerich herrschen und von den dort arbeitenden Kollegen Jahre hindurch ertragen wurden, wollen wir hier nicht reden, da sie in der, am kommenden Sonntage im Weddingpark stattfindenden Versammlung genügend beleuchtet werden dürften. Wichtiger ist die Frage, was angeht die der immer schwieriger sich gestaltenden Situation geschehen soll. Wollt Ihr der Welt wirklich das Schauspiel bieten, daß Ihr als Angehörige eines Gewerkes, nach dem unser Zeitalter den Namen das eiserne führt, eure Lebenshaltung widerstandslos herabdrücken laßt? Ist es nicht tief beschämend, daß wir kürzlich konstatiren mußten, daß von je 20 Berliner Metallarbeitern kaum 2 organisiert sind! Und daß diese Zahlen in der That typisch sind, ist durch die Arbeitseinstellung bei Kammerich drastisch bewiesen worden. Durch solche sträfliche Pflichtvergessenheit sind wir natürlich außer Stand gesetzt, denen helfend, rettend beizuspringen, die infolge ihres Widerstandes gegen die maßlosen Ausbeutungsgelüste des Kapitalismus auf das Pfahler geworfen werden. Ist bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage auch an Injenzierung von Abwehrstreiks nicht zu denken, so wäre es bei regerer Theilnehmung an der Organisation democh möglich, wenigstens die Ausgesperrten vor dem völligen Elend zu bewahren. Wir rufen Euch daher nochmals zu: Agitirt, organisiert, rüttelt die Gleichgültigen auf und reißt sie unserem Verbande ein!

Die sich mehrenden Arbeitseinstellungen zwingen uns aber auch, den Mitgliedern gegenüber streng auf die Befolgung der statutarischen Bestimmungen zu dringen. Demgemäß erklären wir hiermit, daß wir in Zukunft bei Arbeitseinstellungen, die entgegen dem klaren Wortlaute des Statuts ohne Kenntnis und Billigung des Vorstands resp. der Fachkommission unternommen werden, Unterstüzungen nicht mehr gewähren können.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

An die Lithographen, Steindrucker und Berufsgeossen Deutschlands.

Kollegen! Junger und immer wieder richten wir an Euch die Mahnung, dem Worte unseres Vorkämpfers K. Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Folge zu leisten und dem im April v. J. gegründeten Organisation obengenannter Berufszweige beizutreten. Wohl haben wir schon eine größere Mitgliederzahl zu verzeichnen (diese beträgt bis jetzt nahe 4500), aber noch immer stehen dem Verein sehr viele Kollegen vollständig fremd gegenüber, ja selbst in einzelnen Städten hat man noch nicht einmal eine Ahnung von der Existenz eines solchen Vereins, daher sei auch an dieser Stelle der Ruf: „Organisiert Euch!“ erhoben. Oftmals liegt es nur an der Anregung; darum thue ein jeder Einzelne seine Schuldigkeit, trete sofort dem Verein bei und agitire für denselben unablässig. Der wöchentliche Beitrag beträgt 15 Pf. (mit „Gratis“-Lieferung des Fachorgans), das Einschreibegeld 50 Pf. Der Zweck des Vereins ist die Verbesserung der Lebenslage der Kollegen im Allgemeinen. Kollegen! Wir fragen Euch: Ist denn eure Lebenslage nicht der Verbesserung bedürftig? Wenn ja, dann handelt danach, und auch derjenige, welcher noch in guter Stellung sich befindet, setze durch den Verein dafür, daß es nicht schlechter werde. Vielfach hören wir die Kollegen sich darüber beklagen, daß die Löhne rapid zurückgehen und die Arbeitszeit immer mehr verlängert wird, aber die Kollegen werden sich nicht klar, wie einem Herabfallen der Löhne gegenüber den immer mehr vertheuerteten Lebensmittelpreisen Einhalt zu gebieten ist. Der Unternehmer sagt einfach: „Die Arbeit geht schlecht, ich verdiene nicht mehr so viel als früher; daher, Arbeiter, werde ich deinen Lohn kürzen. Obwohl die Arbeitslosigkeit immer mehr um sich greift, wird die Arbeitszeit verlängert. Hier geregelte Zustände zu schaffen, muß uns unsere heiligste Aufgabe sein; wir wollen nicht haben, daß den Kollegen gar zu oft nicht einmal das Allernothwendigste zum Leben geboten wird, jeder Einzelne hat das Recht und die Pflicht, so viel zu beanspruchen, daß es ihm möglich ist, für sich und seine Familie sorgen zu können, wie auch Staat und Kommune gerecht zu werden. Der Einzelne ist nicht im Stande, für sich eine dauernde Verbesserung herbeizuführen, wohl aber die Gesammtheit, eine gut geschlossene Organisation. Trete also ein jeder derselben bei und führe ihr immer neue Mitglieder zu. Die Kollegen aller Städte sind verpflichtet, der Organisation anzugehören; in solchen Städten, wo der Verein noch keine Verbindung hat, wende man sich an den unterzeichneten Vorstenden, derselbe giebt gern jede gewünschte Auskunft.

Otto Sillier, Steindrucker, Berlin S., Gräsestraße Nr. 77, 3 Tr.

An die Frauen und Mädchen Berlins und Umgegend!
Die unterzeichnete Kommission wendet sich hiermit mit dem Vorschlage an die Frauen und Mädchen Berlins und Umgegend, einen „Frauen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend“ zu gründen.

Umgegend" zu gründen, um auch den nicht direkt gewerblich thätigen Frauen Gelegenheit zu geben, sich zu vereinen und fortzubilden. Aufgabe des Vereins wäre es, durch Vorträge aller Art, die in den vielleicht alle 14 Tage regelmäßig stattfindenden Versammlungen desselben gehalten würden, die Bildungstufe seiner Mitglieder zu erhöhen. Es ist dies eine um so bedeutungsvollere Aufgabe, als gerade die Frauen in hervorragender Weise berufen sind, die heranwachsende Generation zu erziehen. Die zu haltenden Vorträge müßten sich befassen mit den wirtschaftlichen Zuständen, der Literatur, den neuesten Ergebnissen der Naturwissenschaften und, soweit dies geistlich zulässig ist, mit ökonomisch-rechtlichen Dingen. Selbstverständlich würde die Behandlung von Fragen besonders berücksichtigt werden müssen, die speziell in das Leben der Frau eingreifen. Der Verein würde eine überaus notwendige Ergänzung der bestehenden Berufsvereinigungen der Frauen und Männer darstellen. Wir haben nun zum 15. März nach den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher der von uns gemachte Vorschlag gründlich diskutiert und eventuell die Gründung des Vereins vorgenommen werden soll. Wir ersuchen die Frauen und Mädchen Berlins und Umgegend, recht zahlreich in dieser für sie so äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen. Das Nähere über dieselbe wird noch im "Vorwärts" durch Annonce und durch Plakate an den Anschlagtafeln bekannt gemacht.

Die Agitationskommission für die Frauen Deutschlands.

Zum Gewerkschaftskongress. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Anmeldung der Delegierten nicht bei der Lokalkommission in Halberstadt, sondern bei der Generalkommission in Hamburg zu erfolgen hat. Von hier aus wird für die Beschaffung von Logis u. s. w. gesorgt. Nur wenn einzelne Delegierte besondere Wünsche bezüglich des Logis haben, wollen sie sich an den Vorsitzenden der Lokalkommission, Herrn R. Dahlen, Wärfabrikant in Halberstadt, wenden. Sodann weisen wir nochmals darauf hin, daß die Halberstädter Gewerkschaften zu Ehren der Delegierten für Sonntag, den 13. März, Abends, einen Kongress arrangiert haben.

Die Verhandlungen des Kongresses beginnen am Montag, den 14. März, pünktlich Morgens 9 Uhr, im "Odeum".

Die Lokalkommission hat während der Dauer des Kongresses im "Zentralhotel" (erstes Haus links vom Bahnhof) ein Wohnungsbüro eingerichtet und können die Delegierten hier jede Auskunft erhalten. Zum Empfang der Delegierten werden Mitglieder der Lokalkommission zu jedem Zuge am Bahnhof sein. Die Komitèmitglieder tragen eine weiß und rote Schleife.

Vom 10. bis 19. März sind alle Zuschriften für die Generalkommission zu richten an G. Legien, Halberstadt, im "Odeum".

Wir ersuchen nochmals, uns unverzüglich die Namen der gewählten Vertreter ausgeben zu wollen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
G. Legien,
Hamburg, St. Georg, An der Koppel 79 I.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Bäckermeister und Bäckergehilfen vom Gewerbegebiet in Frankfurt a. M. haben eine Sitzung abgehalten, um sich über die Festsetzung der Sonntagsruhe zu einigen. Den Vorsitz führte ein Mitglied des Magistrats. Der Vorsitzende erläuterte zunächst die Vorschriften über die Sonntagsruhe, insbesondere die §§ 106b und c. Der Bäckergehilfe Angthum führte aus, daß nach dem Wortlaut dieser Bestimmung dem Gesetze genügt werde, wenn die zwölf Tagesstunden des Sonntags frei blieben, da die Bäcker aber Sonnabends Nachts bis Sonntag früh und von Sonntags Abends bis Montags früh zu arbeiten hätten, bedeute dieses die gänzliche Abwesenheit jeder Sonntagsruhe in ihrem Gewerbe. Daß eine längere Ausdehnung der Sonntagsruhe, beziehungsweise ein früherer Schluss der Sonnabends-Nachtarbeit und ein späterer Beginn der Montagarbeit sehr wohl möglich sei, bewiesen die jüdischen Bäckereien, die von Freitag bis Sonnabend Abend geschlossen seien. Man beschloß, Herrn Schmidt, Inhaber einer jüdischen Bäckerei, direkt zur Sitzung einzuladen. Dann lezten die Bäckermeister Köhler, Dietrich und Pilgus die besonderen Schwierigkeiten auseinander, welche bezüglich der Sonntagsruhe für das Bäckergewerbe beständen. Das Frühstückgebäck für Montags müsse am Sonntag Abend begonnen werden, und der vermehrte Konsum am Sonntag gestalte kein Einstellen der Arbeit vor Sonntag früh; wollten die Bäcker länger feiern, als von Sonntags Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, so werde sich ihre Kundschaft bedeutend vermindern, viele Familien würden sich ihren Hausbedarf durch Hausgebäck herstellen und im Uebrigen käme es für den Sonntagsonntag den Konditoreien und Gastwirthen und für das Montags-Frühstückgebäck den auswärtigen Bäckereien zu gute. Man möge sich erkundigen, wie die Sache in anderen Städten, insbesondere in Süddeutschland geordnet sei. Der inzwischen erschienene Herr Schmidt hielt seine Geschäftsgepflogenheiten nicht für maßgebend, da das jüdische Publikum sich einmal daran gewöhnt habe, am Freitag und Sonnabend die sogenannten Dätscher zu essen, am Sonnabend also auf frisches Gebäck verzichte. Bäckergehilfe Apfel erklärte dieses für richtig, aber die Gewohnheit des Publikums stelle keine Nothwendigkeit des Betriebes im Sinne des Gesetzes dar. Das christliche Publikum werde sich ebenso wie das jüdische auch an die Veränderung der Backweise gewöhnen, die durch die Sonntagsruhe bedingt sei. Der Vorsitzende erklärte sodann auf die Anfrage des Bäckermeisters Dietrich, er glaube nicht, daß die Wirthe die für ihre Wirtschaft am Sonntag gebadene Waaren zum Konsum in Privatlokalen abgeben könnten, er nehme an, daß dieses unter § 42a der Gewerbe-Ordnung falle, und fragte an, ob durch wechselseitige Einigung der Bäcker erzielt werden könnte, daß die Bäckereien abwechselnd, anstatt am Sonntag, an einem Werktag den Gehilfen einen freien Tag geben. Die Bäckermeister erklärten dies für unmöglich. Auf die weitere Anfrage des Vorsitzenden, wie lange der Arbeitsbeginn am Sonntag Abend verschoben würde, wenn die Bäcker auf Grund gemeinsamer Einigung, die Montagsbrötchen erst um 8 Uhr fertigstellen wollten, erwiderten die Bäckermeister, dieses bedeute wegen der Zeit, die der Transport der Brötchen erfordere, einen vollständigen Verzicht auf die Herstellung von Frühstückbrötchen; das Publikum werde sich damit nicht zufrieden geben. Die Bäckergehilfen erklärten, ihnen sei hauptsächlich um Hinausschiebung des Arbeitsbeginnes am Sonntag Abend zu thun, derzeit seien am Sonntag vielfach kaum 7 Stunden Pause. Bäckermeister Dietrich glaubte eine Verzögerung des Arbeitsbeginnes bis 9 Uhr Abends sei wohl möglich, im Sommer könne der Arbeitsbeginn auch wohl noch etwas später stattfinden. Da am Sonntag Morgen um 6 Uhr auf Grund des Gesetzes die Arbeit jedenfalls beendet sein müsse, sei dieses immerhin eine Sonntagsruhe von 15 Stunden. Die Bäckermeister betonten hierauf nochmals ihre Bereitwilligkeit, den Gehilfen thunlichst entgegen zu kommen, um die Frage weiter mit ihnen zusammen zu erörtern. Die Bäckergehilfen gaben eine Erklärung im gleichen Sinne ab, sie seien dem Gewerbegebiet und dem Oberbürgermeister dankbar, daß durch diese Besprechung der Anfang zu einer gemeinschaftlichen Erörterung gemacht sei; sie müßten wohl, daß die anwesenden Bäckermeister ebensoviele eine Verpflichtung für ihre Kollegen eingehen könnten, wie sie selbst.

Herzstreich. In Mittweida stellten am 1. März et. sämtliche Ärzte gegenüber den Ortskrankenläsen ihre Thätigkeit ein und verweigerten selbst bei schwerer Krankheitsfällen ihre Hilfe, weil sie für jedes Krankenmitglied 3,50 M. Honorar haben wollten, während die Ortskrankenläse nur 2 M. bot. Infolge des Streiks erließ der Vorstand der Kaffe eine Bekanntmachung, worin die Mitglieder ersucht werden, sich bis auf weiteres ohne

Art zu behelfen, bis ein neuer Beschäftigter sei. Ob dieser Streik den Sozialdemokraten auch in die Schuhe geschoben wird, diese Frage ist nicht ohne weiteres zu entscheiden, denn den sächsischen Ordnungsblättern ist so ziemlich jede Athernheit zuzutrauen.

Sehr gut wird in einem Artikel der „Grenzboten“ die Taktik der meisten Behörden und der Presse gegenüber dem Nothstand geschildert. Diese Zeitschrift sagt in einer Besprechung der Berliner Krawalle:

„Der Nothstand mag nun die Ursache der Ausschreitungen gewesen sein oder bloß den Vorwand abgegeben haben, jedenfalls müssen sie unsere Blicke auf sich lenken.“

Die Behörden leugnen ihn. Sehr natürlich! Denn geständen sie ihn zu, so würden sie sich verpflichtet fühlen, auf Mittel dagegen zu sinnen, und da würde guter Rath theuer sein. Die bürgerliche Presse leugnet ihn nicht minder. Ebenfalls natürlich. Denn la libre concurrence, c'est le monopole, wie Proudhon sagt, im Zeitungswesen so gut wie überall. Die großen Zeitungen stehen im Dienste der Kapitalisten, und diese müssen den Nothstand leugnen, um die Löhne zu drücken und die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der Produktion leugnen zu können.“

Kapitalistisches Gegenwärtig-Bild, zu Händen des Herrn Eugen Richter. Aus Buchholz I. S. berichtet man der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“: „Ein hiesiger Besamanten-Verleger übergab kürzlich zwei Arbeiterinnen die Verfertigung von 540 Meter Schmelzstranzen (per Meter 280—300 Stranzen von 12,5 Zentimeter Länge). Die Arbeit wurde von den zwei geübten Arbeiterinnen in 2 1/2 Tagen bei einer täglichen Arbeitszeit von 15—16 Stunden fertiggestellt. Der Beschäftigte aber das Entsetzen der abliefernden Arbeiterin, als sie für die ganze Arbeit den Lohn von 1 M. 40 Pf. erhielt! Das ist ein Stundenlohn von noch nicht 2 Pfennigen.“

Die Krisis in der Thüringer Griffelindustrie dauert noch an, mit dem Unterschied zwar, daß die Verwaltung der Herzoglich Sachsen-Meiningerischen Schieferbrüche die Schleuderpreise abgeschafft hat und seit Mitte Januar d. J. 1000 Stück Griffel mit 1 Mark verkauft. Die Lage des Griffelmachers ist aber dabei eine unverändert traurige. Der Arbeitslohn ist allgemein auf 75 Pfennig per Tausend beschränkt geblieben, in einzelnen Orten ist er sogar auf 72 Pfennig heruntergesetzt worden, und mehr als 20000 Stück darf eine Griffelmacherfamilie die Woche nicht liefern. Mehrmals sind die beteiligten Arbeiter bereits dem Ministerium in Meiningen wegen ihrer trostlosen Lage vorstellig geworden.

Kapitalistische Entbehrungslohn. Die Brauerei zum Felsenkeller in Dresden zahlte auf das vorige Jahr 28 pCt. Dividende.

Zur Sonntagruhe. Wie das „Saalfelder Volksblatt“ mittheilt, ist für Rudolstadt und für das Land der Geschäftsabschluss an Sonn- und Feiertagen von Nachmittags 3 Uhr ab ins Auge gefaßt. — In Mücheln beantragten die Vertreter von sieben laumännlichen Korporationen beim Magistrat den vollständigen Geschäftsabschluss an Sonntagen: die große Mehrheit der Geschäftsinhaber befürchte davon keinen Nachtheil.

Das allgemeine 8 Stunden-Gesetz (General eight hours Bill), welches der englische Sozialist Canningham e Graham im Unterhaus eingebracht hat, ist kurz und deutlich. Es lautet:

„Das Gesetz bestimmt, daß nach dem 1. Januar 1893 Niemand arbeiten soll oder veranlassen oder auch nur gestatten darf, daß irgend eine andere Person arbeite, sei es auf See oder Land, in irgend welcher Eigenschaft, unter keinerlei Kontrakt oder Vereinbarung oder Arbeitsvertrag, oder für persönliche Dienste (also auch gültig für Dienstboten) an Land oder See — ausgenommen bei Unglücksfällen — länger als 8 Stunden von 24 oder mehr als 48 Stunden in einer Woche.“

Ausnahmen kann der Staatssekretär nur dann gestatten, wenn sich die Arbeiter durch Majoritätsbeschluß bereit erklärt haben, in eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit einzelner Branchen oder Beschäftigungen einzuwilligen.

Unternehmer oder deren Aufseher, welche ihre Arbeiter dazu verleiten, oder wissen lassen, daß dieselben länger als acht Stunden arbeiten, werden mit 200 M. (Str. 10), im Wiederholungsfall nicht unter 2000 M. bestraft.“

Critik über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 23. Februar bis 8. März 1892 eingegangene Gelder. Quartalsbeitrag des Verbandes der Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter 60,—. Quartalsbeitrag des Verbandes der Schlosser und Maschinenbauer 48,—. Quartalsbeitrag der Tabakarbeiter Deutschlands 425,—. Quartalsbeitrag der Vereinigung der Kupferhämmer 78,—. Quartalsbeitrag der Löhner Deutschlands 250,—. Quartalsbeitrag des allgemeinen Sattlervereins 40,—. Hamburg, Schlüter, Saump 3,—. U. Dammann, Kassier, Hamburg.

Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, I.

Versammlungen.

Eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung fand am 29. Februar statt. Die eingeladenen Rissenmacher, Stellmacher und die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter waren nur sehr spärlich erschienen, auch kam es weder zur Abstimmung über eine Resolution, laut welcher die Delegation für den Kongress in Halberstadt dem Delegierten Wolf mit übertragen werden sollte, noch überhaupt zu endgültiger Erledigung der angelegten Tagesordnung: „Stellungnahme zur Vereinigung dieser Gewerkschaften auf dem Kongress zu Halberstadt.“ Der in Aussicht genommene Referent war nicht erschienen und die vielen Diskussionsredner vermochten angesichts des Kongresses nicht zu einem selbständigen Vorgehen bezüglich der Organisationsfrage zu rathen. Bei allen den vertretenen Gewerkschaften zeigte sich jedoch die Sympathie für die Zentralisation und hoffte man allseitig von dem Kongress Beschlüsse, die zu Aller Vortheil sind. Die Versammlung trug lediglich den Charakter eines umfangreichen Diskussionsabends und gelangte, wie erwähnt, zu keinem Ergebnis.

In der außerordentlichen Versammlung der Kürschner, welche am 29. Februar stattfand, verlas der Vorsitzende einen Brief vom Hauptvorstand aus Homburg, worin mitgeteilt wurde, daß zum Gewerkschaftskongress ein Delegierter nach Halberstadt gesendet werden solle, und zwar betreffs der Frage der Gründung einer Union. Mehrere Redner betonten dagegen, daß durch eine Union den Mitgliedern wohl mehr Kosten erwachsen würden, als das beim Verband der Fall, und dann sei die Kürschnervereinigung noch so jung und hätte noch viel Arbeit vor sich, um die fernstehenden Kollegen heranzuziehen; demgegenüber würde die Union Zersplitterung bringen. Der Delegierte könne nach Halberstadt gehen, doch solle es ihm überlassen bleiben, wie er sich zur Union stellen wolle. Die Versammlung stimmte dieser Ansicht zu. Hinsichtlich der bei der Generalversammlung zu stellenden Anträge hatte die Kommission folgendes normirt: 1. Ausnahme der weiblichen Personen in den Verband, 2. statt „Verband deutscher Kürschner“ zu setzen: „Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“; 3. das Eintrittsgeld für Gesellen sowie Wamfels auf 50 Pf., den Beitrag des Gesellen auf 50, der Mannfells auf 30 Pf. monatlich festzusetzen;

4. die Entschädigung der Delegierten gleich nach Prüfung der Mandate zu begleichen; 5. die Vorsitzenden der Filialen haben darüber zu wachen, daß im Ort keine zweite Filiale sich bildet; 6. der Hauptvorstand ist verpflichtet, Namen und Wohnung der Vertrauensleute vierteljährlich zu veröffentlichen; 7. Rechtschutz ist zu gewähren, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden, doch hat die Filiale zu entscheiden; 8. Statistik und Zusätze. Kollege Feldmann führte hierauf noch an, daß die Delegierten auch die Unterstützung der arbeitslosen Kollegen sowie die Reise-Unterstützung und das Herbergsuchen zur Sprache bringen sollen und die Kosten der Generalversammlung der Hauptklasse aufzuerlegen seien. Betreffs des Stützungsfestes wurde ein Vergütungskomitee von neun Mann gewählt. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 14. März statt.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgegenossen beschloß sich am 1. März mit Lohnstreikleitern, zu welchen es in den Werkstätten von Krüger und von Egeß gekommen ist. Herr Schmiedke legte den Sachverhalt dar. Es sind danach im Laufe der letzten zwei Jahre bei jener Firma wiederholt Lohnabzüge zu verzeichnen gewesen, so daß die vor diesem Zeitraum erklämpfte Lohnhöhe von 10 pCt. wieder verloren gegangen ist. Jetzt nun, wo eine in der chirurgischen Branche sonst nie gekannte Arbeitslosigkeit herrscht, wo andere Fabrikanten nur halbe Tage, 6, 7 und 8 Stunden täglich arbeiten lassen, sucht Herr Krüger die ebenfalls vor zwei Jahren erklämpfte neunstündige Arbeitszeit wieder auf 10 Stunden zu erhöhen. Die betreffenden Arbeiter antworteten mit der Arbeitsniederlegung. Anders verhält es sich bei der Firma Egeß, deren Inhaber, Herr Goldschmidt, seinen Arbeitern erklärte, sie könnten, anstatt wie in letzter Zeit sechs Stunden, nun wieder volle Tage arbeiten, da eine Bestellung gekommen sei; nur sollten sie ihm entgegenkommen, indem sie auf 5 von den 10 pCt. verzichteten, welche ihnen vor zwei Jahren bewilligt worden sind. Er berief sich dabei auf die Konkurrenz der anderen Fabrikanten, welche zum Theil die Projekte überhaupt nicht mehr bezahlten. Herr Goldschmidt stellte es seinen Arbeitern anheim, über seine Forderung zu berathen, den Vorstand der Vereinigung darüber zu hören und ihm dann Bescheid zu bringen. Auch wollte er den Beschluß der öffentlichen Versammlung abwarten. An der Diskussion, welche diesen Ausführungen folgte, beteiligten sich auch mehrere der Streikenden. Alle Redner traten energisch für die Fortsetzung des Streiks bei Krüger ein, dessen sonstiges Verhalten seinen Arbeitern gegenüber, gleich dem des Werkführers, einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Betreffs der Goldschmidt'schen Forderung wurde ebenso energisch und allgemein dafür eingetreten, daß dieselbe auf jeden Fall zurückzuweisen sei. Beschlossen wurde betreffs der ersten Angelegenheit, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die alten Bedingungen vom Fabrikanten wieder anerkannt werden; betreffs der letzteren beschloß man, unentwogen an den bisherigen Arbeitsbedingungen festzuhalten. Nach einem weiteren Beschluß sind die arbeitenden Kollegen verpflichtet, die Streikenden nach besten Kräften zu unterstützen. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die Regelung der Unterstützung wurde den drei von den zwölf ausstehenden Personen übertragen, welche die Unterhandlungen mit Herrn Krüger gepflogen haben. Dann gelangte die bekannte Paus-Resolution zur einstimmigen Annahme und hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schriftgießer und Schriftgießerei-Hilfsarbeiterinnen hielt am 29. Februar Herr Julius Lärk einen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Frauenbefreiung“. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Dagegen zeitigte der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wahl von 3 Hilfsarbeiterinnen zur Ergänzung der Agitationskommission“, eine sehr lebhaft und lange Debatte, und zwar darüber, in welcher Weise die Schriftgießerei-Hilfsarbeiterinnen in Zukunft zu organisiren seien. Die meisten Redner, darunter eine Dame, sprachen sich für den Anschluß der Hilfsarbeiterinnen an den Schriftgießerverein aus; einige jedoch mit dem Vorbehalt, daß drei Damen in die Agitationskommission gewählt würden und es dieser dann obliege, alle weiteren Schritte zu thun, welche zu dem gewünschten Zusammenfluß der Gießer und Hilfsarbeiterinnen führen. Buchdrucker Schmidt erklärte es für das Beste, die Arbeiterinnen sich erst selbst organisiren zu lassen und dann eine Vereinigung mit denselben anzubahnen. Ihm wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Schließlich wurden drei Damen in die Agitationskommission gewählt. Ein Beschluß betreffs der Organisation wurde, da kein diebezüglicher Antrag vorlag, nicht gefaßt. Herr Siebert theilte als Mitglied der Zentral-Kommission deutscher Schriftgießer den Anwesenden mit, daß ein Flugblatt, welches von dieser Kommission herrühre, in kürzester Zeit zur Vertheilung gelangen werde. Außerdem wies er auf die zur Zeit schlechten Verhältnisse im Schriftgießergewerbe hin. Ueberall sehe man, wie die Prinzipale diese Verhältnisse für sich auszunutzen streben, indem sie die Arbeitsbedingungen herabzudrücken suchen und diejenigen maßregeln, welche sich dagegen auflehnen oder gar für eine Besserung derselben eintreten. So seien in Berlin mehrere Gemahregelte dergleichen vorhanden, anßerdem eine gegen sonst bedeutende Zahl Konditionslofer. Diese Leute müßten unterstützt werden, ebenso der in Offenbach gemahregelte Kollege Rodenbach, dessen dortige Mitarbeiter ihn im Stiche gelassen hätten. Nach kurzer Debatte wurde hierzu Folgendes beschlossen: „Den konditionslosen Schriftgießern Berlins ist aus freiwilligen Beiträgen eine Unterstützung zu gewähren. Die Regelung derselben, sowie die Festsetzung ihrer Höhe ist dem Vorstände des Schriftgießervereins übertragen, welchem auch zur Pflicht gemacht wird, den Kollegen Rodenbach in Offenbach zu unterstützen.“

Eine öffentliche Versammlung von Impfgegnern fand am 1. März in den Arminhallen statt. Herr Voltmar legte in derselben kurz die Wirkungen der Pockenimpfung dar, bemerkte, daß alle Thierärzte darin einverstanden seien, daß sich Kuhpocken nicht nachweisen lassen, und betonte besonders, daß die Pockenimpfung im krassen Widerspruch stehe zur Antiseptik, die für Wundbehandlung allgemein als nothwendig anerkannt ist. Die Pocken und also auch das Pockengift zögen Streptulose und Tuberkulose nach sich. Der Gesundheitszustand der Armee zeige, wie groß der Prozentsatz der an diesen Krankheiten Verstorbenen und der wegen derselben Entlassenen ist. Freilich in den Nachweisungen über diesen Gesundheitszustand fehle die Kritik „Pocken“; daher erkläre es sich, daß in einem Jahre unter rund 16000 Verstorbenen oder wegen Krankheit entlassenen Soldaten die Hälfte als „anderweitig entlassen“ aufgeführt werde; diese „anderweitig Entlassenen“ seien in der That chronisch Erkrankte. Infolge der üblichen Pockenimpfung werde jetzt kaum ein Kind mehr geboren, das nicht an Streptulose leide. Nachdem dem Impfgesetz sei es auf Grund dieser Krankheit jedem Kräfte möglich, ein Kind von der Impfung zu befreien. Redner schloß mit einer Schilderung der Cauter, welche man vornehmen müsse, um an einem Kinde den Ausschlag zu erzeugen, der Kuhpocken benannt wird. Herr Dr. Krauß legte hierauf die innere Verwandtschaft der Syphilis, Pocken, Scharlach, Diphterie, Bleichsucht und Influenza dar und führte aus, daß dem Genuß der Kartoffeln, infolge des Kaligehalts der letzteren, es zu verdanken ist, daß die Pocken nicht in größerem Umfange, als es in der That geschieht, auftreten. Die anderen Krankheiten träten ja auch nach den Feststellungen des Reichs-Gesundheitsamtes alle Jahre epidemisch auf. — Die Versammlung nahm die Ausführungen beider Redner mit großem Interesse und Beifall entgegen und stimmte nach kurzer Debatte einhellig einer Resolution zu, in welcher die Pockenimpfung als seuchenverbreitend und der Impfung als Eingriff in die persönliche Freiheit und daher als verfassungswidrig erklärt wurde.